Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Vethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobsstraße 49, Fernsprecher 1587 Redaktion: Gr. Münzstraße 3, Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und Extranummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7839

Nr. 25. **Magdeburg, Donnerstag, den 30. Januar 1902.** **13. Jahrgang.**

Der Sieg der organisierten Gastwirte.

r. Wenn man die von uns an anderer Stelle wortgetreu abgedruckte und gestern schon kurz erwähnte Bundesrats-Verordnung mit der im März 1901, also vor bald Jahresfrist, dem Bundesrat unterbreiteten Vorlage vergleicht, dann beschleicht einen unwillkürlich der Gedanke, die verschiedenen streitbaren Gastwirtsorganisationen hätten zusammen 12 000 Mark aufgebracht. So willig hat die Regierung vor ihnen den Kotau gemacht.

Natürlich liegt es uns fern, das von geringem sozialreformerischen Geist getragene Werk der vorjährigen Regierungsvorlage auch nur im entferntesten als ausreichenden Schutz für die geplagten Angestellten des Gastwirtsgewerbes anzusehen; aber der damalige Regierungsplan war immer noch eine einschneidende Maßnahme gegenüber dem nach echtem Posadowsky-System zugestutzten, Erlaß, mit dem der hohe Bundesrat jetzt den einflußreichen Gastwirten und Hotelbesitzern seine Huldigung dargebracht hat.

Damals im März trat sogar Posadowsky dafür ein, daß wenigstens in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern die tägliche Ruhezeit der Gastwirtsgehilfen mindestens 9 Stunden betragen müsse.

Doch diese 15stündige Maximalarbeitszeit — welche also auch in Großstädten noch eine unmenschliche Ausbeutung zuließ, erfüllte bereits das edle Herz der „notleidenden" Hoteliers und Besitzer einträglicher Bierpaläste wie auch Weinstuben mit Groll. Zornig scharten sich diese modernen P[illegible]huspriester zusammen und in einer gemeinsamen Petition [illegible] der „Bund der Deutschen Gastwirte", der „Deutsc[illegible]wirts-Verband", der „Verein Berliner Hotelbesitzer" [illegible] zum Herzen der Regierung. Wann hatten [illegible]che Unternehmer vergeblich an die Regier[illegible] hätte den Sirenenklängen der vereinigten Peteni[illegible]tehen können, die sich bescheiden als „berufene Wortführer von mehr als 50 000 deutschen Gast- und Schankwirten aus allen Teilen des Deutschen Reiches" bezeichneten. In der Eingabe dieser für mindestens 16stündige Arbeitszeit — ihrer Angestellten! — begeisterten Männer hieß es:

„Uns Wirten selber wäre nichts lieber, als wenn wir für unseren Betrieb eine nach der Schablone geregelte Thätigkeit einführen könnten. Es wäre uns das schon im Interesse unseres eigenen Familienlebens aufs höchste erwünscht, da dieses durch die sprungweise wechselnden Ansprüche, welche der andauernd schroff ansteigende und ebenso schroff abfallende Verkehr an unsere eigene Thätigkeit — nicht bloß an die unserer Gehilfen — stellt, aufs schwerste beeinträchtigt wird. Aber in einem Gewerbe, welches so wie das unsrige sich nach dem Verkehr richten muß, läßt sich nun einmal kein Schema innehalten; Witterungseinflüsse und sonstige Zufälligkeiten stoßen dasselbe um, nicht nur in Bädern und Sommerfrischen, wo gar zu oft unerwartete und unliebsame mehrwöchige Ruhepausen eintreten, bloß weil die Witterung den Fremdenzufluß abhält, sondern auch in den großen und kleinen Städten mit anscheinender Anwartschaft auf regelmäßigen Geschäftsgang."

Während die Herren also im ersten Teil dieser grotesken Ausführungen „schon im Interesse ihres eigenen Familienlebens" die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung wider Willen bestätigen, huldigen sie im zweiten Teile dem den Agrariern abgelauschten und unter dem neuesten Kurs stets erfolgreichen Grundsatz: „Lerne klagen, ohne zu leiden!"

„Nach der Schablone" ihre Thätigkeit regeln — nennen es die Herren alles Ernstes, wenn man von ihnen verlangt, daß sie ihre Angestellten „nur" 15 Stunden ausbeuten, Angestellte, die zum großen Teil keinen Pfennig Lohn von ihren Ausbeutern beziehen, sondern lediglich auf das entwürdigende Almosen der Trinkgelder angewiesen sind.

Und so hat sich denn die Regierung unterthänigst unterworfen und auch für die Großstädte die achtstündige Minimalruhezeit großmütig verfügt: warum nicht die einstündige?

Aber auch dieser tragikomische „Schutz" durch die 16stündige Maximalarbeitszeit war den Hotelbesitzern noch zu weitgehend und vertrug sich nicht mit ihrer Profitsucht. Darum ließen sie weithin über die Länder ihre Klagen erschallen und erfüllten ganz Europa mit dem Rufe: „Hotelbesitzer aller Länder, vereinigt Euch!"

Der „internationale Verein der Gasthofsbesitzer" protestierte erbittert gegen die achtstündige Minimalruhezeit der Sklaven des Gastwirtsgewerbes in Deutschland und verlangte die Verkürzung der Ruhezeit auf 7 Stunden für die Bade- und sonstigen Kurorte während der Saison. Diese rege Agitation verfehlte natürlich ihren Eindruck nicht auf die Regierung, welche gerade nicht in der Stimmung war, „vernünftige Heimatspolitik" zu treiben, sondern sich weltpolitisch mit den Hotelbesitzern vom Genfer See, Ostende und Montecarlo gegen ihre deutschen Mitbrüder, die geplagten deutschen Kellner verbrüderte.

Also auch in dieser Beziehung unterwarf sich der Bundesrat, da er entgegen der ursprünglichen Regierungsvorlage der höheren Verwaltungsbehörde das Recht einräumte, in „Bade- und anderen Kurorten die Ruhezeit für Gehilfen und Gastwirtschaften während der Saison, jedoch nicht über eine Dauer von drei Monaten, bis auf 7 Stunden herabzusetzen".

Freilich heißt es, daß „neben dieser Ruhezeit" außer den Mahlzeiten noch im ganzen Ruhepausen von 2 Stunden gewährt werden müssen, aber dieses Feigenblatt für die zu Gunsten eines internationalen und vaterlandslosen Vereins geschaffenen Bestimmungen kann schon deshalb niemand täuschen, weil nirgends vorgeschrieben ist, daß diese zwei Stunden hintereinander liegen müssen. Jeder Augenblick der vorübergehenden Behinderung zur Arbeit kann dabei also mitgerechnet werden, und wenn der Ausbeuter die Angestellten zu Zeiten, in denen gerade kein Gast anwesend ist, fünfminutenweise in den Garten schickt, so hat er den gesetzlichen Ansprüchen genügt, wenn nur die „Ruhepausen" im ganzen 2 Stunden betragen.

Aber nicht nur vor den „soliden" Gastwirten, auch vor den Besitzern der hochwohllöblichen Animierkneipen hat der Bundesrat kapituliert. Die ursprüngliche Vorlage hatte vorgesehen, daß Kellnerinnen unter 18 Jahren nicht beschäftigt werden dürfen, es sei denn, daß sie zur Familie des Wirtes gehören. Doch der ausgeprägte Sinn für Sittlichkeit, der unsere Regierung ziert, hat nicht gehindert, daß man diese Bestimmung dahin gemildert hat, daß die jungen Mädchen nur zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens nicht zur Bedienung der Gäste verwandt werden dürfen.

Man wird nun einwenden, daß es neben den Animier[illegible]kneipen, welche den Charakter verschlimmerter Bordelle [illegible]gen und auf die Ausbeutung von Fremden und — wa[illegible]limmste ist — von ganz jungen Leuten ausgehen, [illegible]us anständige Restaurants mit weiblicher Bedien[illegible]men. Es ist aber auch hier volkswirtschaftlich [illegible], ganz junge Mädchen zum Dienst heranzuziehen, [illegible]ist besonders billige Arbeitskräfte sind. Gerade a[illegible]ndigen Lokale mit weiblicher Bedienung vermeiden [illegible] Anstellung von männlichem Kellnerpersonal zumeist nur, um billiger fortzukommen, denn in vielen Fällen verlangen die Kellner wenigstens etwas Lohn, auch sind ihre Ansprüche an Verpflegung gewöhnlich etwas größer, wie die der Mädchen.

Daß die Nachtarbeit der Kellnerlehrlinge unter 16 Jahren verboten ist, ist vielleicht der einzige Fortschritt, den wir der Bundesratsverordnung zu verdanken haben, denn sonst legt dieselbe nur diejenige Ausbeutungsmethode fest, die jetzt schon gang und gäbe ist. Daß man es als einen „Fortschritt" bezeichnen muß, daß kaum der Schule entwachsene Knaben nicht mehr, wie jetzt so oft, zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens in Nachtcafees und sonstigen öffentlichen Lokalen bedienen dürfen, gereicht natürlich nicht der Bundesratsverordnung zur Ehre, sondern höchstens einem Teile des Gastwirtsgewerbes zur Schande.

Wenn man schließlich in Betracht zieht, daß für das Wirtschaftspersonal — wie Zimmermädchen, Kutscher, Hausdiener — überhaupt keine Beschränkung der Arbeitszeit in diesem neuen Musterstatut vorgesehen ist, so wird man in diesem sozialreformerischen Werk alles eher denn eine Reform zu erblicken haben.

Eine energische Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens zehn Stunden, eine ununterbrochene 36stündige Ruhe in jeder Woche, — das wäre eine wahre Sozialreform, welche durch Verminderung der Stellenlosigkeit die Gastwirte zur Zahlung von Lohn zwingen würde, so daß den Kellnern auf diese Weise das wieder eingebracht würde, was ihnen an Trinkgeld vielleicht verloren ginge. Mit den Interessen der Kellner ist also das Machwerk der neuen Verordnung nicht zu rechtfertigen.

Die Scharfmacherpresse hat Ursache, diese Verordnung zu preisen, und doch — unglaublich, aber wahr — den extremsten Kapitalisten-Blättern erscheint sogar dieses Erzeugnis sozialpolitischer Einsichtslosigkeit zu weitgehend. So schreiben die „Berliner Neuesten Nachrichten" entrüstet: „Vielleicht folgt in absehbarer Zeit als Kompliment eine Verordnung, welche für alle Staatsbürger regelt, wann und wie lange sie in das Gasthaus gehen und wie viel sie dort zu sich nehmen dürfen, und in welchen Fällen die Mitnahme des Hausschlüssels gestattet ist. Unter dem Fürsten Bismarck wäre eine derartige Reglementiererei unmöglich gewesen".

Diese Aeußerung ist natürlich völlig sinnlos; mit der Polizeistunde hätte eine solche Verordnung selbst dann nichts zu thun, wenn sie den Achtstundentag vorsehen würde; es müßten dann nur für das Personal doppelte oder dreifache Schichten vorgesehen werden.

Auch darin müssen wir dem Kapitalistenblatt widersprechen, daß eine solche „Reglementiererei" unter dem Fürsten Bismarck nicht möglich gewesen wäre.

Diese Verordnung atmet ganz den Geist des gegenwärtigen antisozialen Kurses.

Eine neue Marinevorlage in Sicht!

Für diese in der gegenwärtigen Zeit des allgemeinen Notstandes schier unglaubliche Thatsache bringt der „Vorwärts" heute den folgenden urkundlichen Beweis:

Unter dem 6. Januar 1902 ist seitens des Reichs-Marine-Amts ein Erlaß ergangen, der folgenden Wortlaut hat:

Bei Aufstellung der Berechnungen zum jetzigen Flottengesetz diente als Grundlage für die Gesamtentwicklung der Marine lediglich der Gesichtspunkt, jährlich eine **gleiche Anzahl von Schiffen in Bau zu geben** und zwar wurde das jährliche Bautempo auf

2 Linienschiffe,
1 großen Kreuzer,
3 kleine Kreuzer

festgesetzt.

Eine parallel laufende **planmäßige Steigerung der Indiensthaltungen, im besonderen der möglichst beschleunigte organisatorische Aufbau der Schlachtflotte, mußte in den Berechnungen vorläufig außer acht gelassen werden, da eine dem [illegible]anwachsenden Schiffsbestande entsprechende Steigerung der [illegible]diensthaltungen für die Jahre 1905—1910 so hohe [illegible]ebarfszahlen für die „Fortdauernden Ausgaben" ergeben [illegible]itte, daß die Flotten-Vorlage ohne [illegible] nicht [illegible]rchführbar gewesen und infolgedessen aufs äußerste ge[illegible]fährdet worden wäre.**

Nach den bisherigen Absichten soll dem Reichstage **im Winter 1904/05** eine **Novelle zum Flottengesetze** vorgelegt werden.

Der Inhalt der Novelle selbst wird sich zwar nur auf **die zahlenmäßige Vermehrung der Auslandsschiffe** erstrecken, die beizufügende Begründung aber wird

1. den Schiffsbauplan für die nächsten fünf Jahre (1906 bis 1910),
2. einen Ueberblick über die Entwicklung der Gesamtkosten der Marine innerhalb dieser Bauperiode (1906—1910) geben müssen.

Falls im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reiches dies irgendwie gestatten, wird man den Versuch machen müssen, in der vorzulegenden Begründung zur Flottennovelle, die planmäßige Entwicklung der Indiensthaltungen in den Jahren 1906—1910 dem wachsenden Schiffsbestand und dem zu beschaffenden Berufspersonal anzupassen und zu diesem Zwecke eine **ausreichende Steigerung der „Fortdauernden Ausgaben" in den Berechnungen vorzusehen.**

Eine wie hohe jährliche Steigerung der „Fortdauernden Ausgaben" seiner Zeit in der Reichstagsvorlage in Aussicht genommen werden kann, ist eine etatspolitische Frage, deren Entscheidung vorbehalten bleiben muß.

Von größter Wichtigkeit aber ist es, baldmöglichst klare Anschauungen darüber zu gewinnen, welche Steigerung der Indiensthaltungen nach Maßgabe des zu beschaffenden Berufspersonals bis zum Jahre 1910 einschließlich bei normaler Entwicklung möglich ist, und welche Geldmittel dazu erforderlich sind.

Zu diesem Zwecke ersuche ich, im Einvernehmen mit den andren beteiligten Gruppen des Hauses:

1. einen Indiensthaltungsplan nach Maßgabe des 1910 verfügbaren Schiffsbestandes und des bis 1910 bereit zu stellenden Berufspersonals (Kapitel 52).
2. den Gesamtbedarf an Militärpersonal (Kapitel 51) zur Durchführung dieses Indiensthaltungsplanes aufzustellen und mit vorzulegen.

Als Muster für den Indiensthaltungsplan ist der alljährlich für den Etat aufgestellte Indiensthaltungsplan unter namentlicher Aufführung der einzelnen Schiffe bezw. Angabe des Schiffstyps zu benutzen, damit nach diesem Plan Kapitel 52 berechnet werden kann.

Eine Schiffsliste der im Jahre 1910 dienstbereiten Schiffe liegt bei.

Bei Aufstellung derselben ist angenommen, daß

1. das jetzige Bautempo von jährlich 2 Linienschiffen, 1 großen Kreuzer und 3 kleinen Kreuzern auch von 1906—1910 beibehalten wird,
2. Linienschiffe und große Kreuzer 5 Jahre, kleine Kreuzer 4 Jahre, Torpedoboots-Divisionen 3 Jahre nach der Bewilligung ihre Probefahrten beendigt haben und dienstbereit sind.

Bei Aufstellung des Indiensthaltungsplanes ersuche ich im besonderen folgendes zu erwägen:

A. Auslandsschiffe.

Wir werden bis zum Jahre 1910, also für 8 Jahre, mit einer erheblichen Steigerung der Auslands-Indiensthaltungen rechnen müssen.

(Folgt ein Tableau und unter B. ein Verzeichnis der heimischen Schlachtflotte.)

Der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts.
gez. v. Tirpitz.

Die Enthüllung kommt zur rechten Zeit. Gerade gegenwärtig ist die Regierung drauf und dran, durch ungeheuerliche Zollerhöhungen Deutschland mit einer chinesischen Mauer zu umgeben, durch die die Möglichkeit eines weitausschauenden Welthandels völlig unterbunden würde.

Diese Pläne einer sonderbaren „Heimatspolitik" — wie Graf Bülow euphemistisch seine Brotwucherpolitik nennt — hat man vor 2 Jahren, als es sich um die Flottenvorlage handelte, wohlweislich verschwiegen. Jetzt verschweigt man wohlweislich, daß man nach weiteren 2 Jahren abermals Millionen für die Flotte, die angeblich zur Förderung der inzwischen durch den Zolltarif unterbundenen Weltpolitik dienen soll, verlangen will.

Denn was bezweckt die Vorlage, die das obige Aktenstück in Aussicht stellt? „Einmal die Vermehrung der Auslandsflotte, welche im Flottengesetz von 1900 durch den Reichstag verweigert worden war. Die Vorlage will ferner das Flottengesetz in der Frage der Indiensthaltungen der Schiffe ergänzen. Man hat nämlich, wie der „Vorw." treffend bemerkt, um die große Flottenvorlage von 1900 nicht zu gefährden, absichtlich und wider besseres Wissen die Volksvertretung über einen wesentlichen Teil der Vorlage im Dunkeln gelassen, indem man ihr die damals schon gehegte Absicht, die Indiensthaltungen entsprechend dem möglichst beschleunigten Ausbau der Schlachtflotte zu steigern, verschwieg."

Und die Enthüllung kommt ferner gerade zur rechten Zeit, um die Finanzmanipulationen der Reichsregierung zu beleuchten. Als es sich um die im Volke sehr unbeliebte Flottenvorlage handelte, hieß es bei der Regierung: Geld ist so viel vorhanden, daß wir keine neuen Steuern zur Ausführung unserer Flottenpläne brauchen. Jetzt, nach nur zwei Jahren, ist bereits ein Riesenloch in den Reichsfinanzen. Jetzt werden schon neue Steuern wie etwas Selbstverständliches behandelt. Und wie hoch soll die Steuerlast erst werden, wenn die vor zwei Jahren vorsorglich verschwiegenen Millionenaufwendungen zur Durchführung des Flottengesetzes in zwei Jahren geforder[illegible]rden.

Ob es wohl wieder einige Heuc[illegible] die angesichts der hochwichtigen Enthüllung des „[illegible] über „Verrat von Dienstgeheimnissen" reden? Der „Vo[illegible]rts" hat sich im Gegenteil ein patriotisches Verdienst erworben, indem er die volksverräterischen Pläne der Flottenpatrioten aufdeckte. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 29. Januar 1902.

Und wieder ein Sieg!

Und zwar ein großartiger, glänzender Sieg ist von der Sozialdemokratie gestern errungen worden.

In der Reichstagsersatzwahl im 10. sächsischen Wahlkreise Döbeln-Roßwein, die durch den Tod des bisherigen nationalliberalen Vertreters Dr. Lehr notwendig geworden war, hat **der sozialdemokratische Kandidat Grünberg im ersten Wahlgang gesiegt!**

Ueber das Wahlergebnis liegen folgende Mitteilungen vor:

Döbeln, 28. Januar. Bei der Reichstags-Ersatzwahl im 10. Wahlkreise des Königreichs Sachsen Döbeln-Roßwein wurde an Stelle des verstorbenen Reichstags-Abgeordneten Dr. Lehr (natl.) der Sozialdemokrat Fabrikant Grünberg mit 11714 Stimmen gewählt. Der nationalliberale Gegenkandidat Landtags-Abgeordneter Vogel erhielt 5924, der konservative Kandidat Gutsbesitzer Sachse 5213 Stimmen.

In der Hauptwahl im Jahre 1898 erhielt der Kandidat der Nationalliberalen 5938, der Kandidat der Konservativen 5406 Stimmen, während für den Sozialdemokraten Grünberg 9758 Stimmen abgegeben wurden. In der Stichwahl wurde Dr. Lehr (natl.) mit 11925 Stimmen gewählt, während sich auf Grünberg 10681 Stimmen vereinigten."

Zunächst wird es jeden Sozialdemokraten mit großer Freude erfüllen, daß sich auch diesmal wieder, wie bisher bei jeder Reichstagsersatzwahl in den letzten Monaten, ein mächtiges Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen zeigt. Wir erhalten immer wieder aufs neue die unanfechtbarsten Beweise für die frohe Thatsache, daß wir vorwärtsschreiten, daß wir marschieren.

Dann aber ersehen wir auch aus dieser Volksabstimmung, wie das Volk über den Brotwucher denkt. Der bewegende Wahlkreis ist beinahe rein agrarisch. Größere Städte giebt es gar nicht in ihm. Dabei vertrat der nationalliberale Abgeordnete nicht einmal die äußersten Forderungen des Brotwuchers, sondern nur die Regierungsvorlage. Trotzdem dies für den Brotwucher geradezu vernichtende Ergebnis.

Mit dem demnächst zu erwartenden Breslauer Sitz besteht die sozialdemokratische Fraktion aus **58** Abgeordneten.

Ein Bravo den sächsischen Genossen! Sie haben ihr altes, gutes Renommee gewahrt! —

Jesuitenschmerzen.

bg. **Berlin,** 28. Januar. Im Reichstag ging heute die lang angekündigte Aktion des Centrums wegen der Aufhebung des Jesuitengesetzes vor sich. Die regierende Partei ist es ihren Wählern schuldig, von Zeit zu Zeit der Regierung ein böses Gesicht zu machen. Gerade in der Jesuitenfrage hat sie auch allen Anlaß, sich über mangelndes Entgegenkommen zu beklagen. Vor drei Jahren hat der Reichstag die Aufhebung des Jesuitengesetzes beschlossen und seit drei Jahren ist der Bundesrat still wie das Grab.

Aber schon die Wahl des Redners, der die Centrumsinterpellation begründete, war ein Beweis dafür, daß die Ultramontanen der Jesuiten wegen ihre Regierungsfähigkeit nicht einbüßen wollen. Es war Herr Spahn, der in sehr zurückhaltender Art die Frage an den Reichskanzler stellte, wann der Bundesrat seine Antwort denn endlich geben werde.

Graf Bülow war persönlich nicht erschienen. An seiner Stelle verlas Graf Posadowsky eine Erklärung, die ganz aus dem Geiste der Bülowschen Schaukelpolitik geboren war. Sie spielte mit einerseits — andrerseits und sagte schließlich die Antwort des Bundesrats noch für diese Session zu. Es hat ganz den Anschein, als wenn die Regierung auch diesmal zu einem Nein kommen wird. Graf Bülow aber geht wie immer der Entscheidung so lange wie nur möglich aus dem Wege und so hat er sich auch in dieser Frage eine Gnadenfrist ausbedungen. In der Besprechung wurde von den Rednern aller Parteien die Verzögerung der Antwort bedauert. Die Stellung der Parteien zu der Frage der Aufhebung des Jesuitengesetzes selber hat sich nicht geändert. Nach wie vor sind es neben Centrum, Polen und Elsässern nur wir, die unbedingt für die Beseitigung dieses Ausnahmegesetzes gegen die Jesuiten eintreten.

Die Erklärung, die im Namen unserer Fraktion Genosse Blos gab, war reich an humoristischen Spitzen gegen die Interpellation. Er gab dem Centrum den guten Rat, die Beseitigung des Jesuitengesetzes dadurch herbeizuführen, daß seine Mitglieder sämtlich dem Jesuitenorden beitreten. Dann werde die Regierung die Ausnahmebestimmung gegen die Jesuiten schon beseitigen müssen, weil sie ja sonst die unbedingte Bewilligungspartei verlieren würde, die sie jetzt im Centrum habe. — Die Besprechung führte schließlich zu breiten staatsrechtlichen Auseinandersetzungen über die Rolle des Bundesrats.

Nach Erledigung der Interpellation wurde die Gene[illegible]debatte über das Gehalt des Staatssekretärs des I[illegible] fortgesetzt. Genosse Stolle beleuchtete die sächsischen F[illegible] inspektionsberichte und geißelte den Unfug der mit der [illegible]willigung von Ueberstunden- und Sonntagsarbeit getr[illegible] wird. Aus der Erwiderung des sächsischen Geheimrats Fischer ist nur hervorzuheben, daß er große Mißstände auf dem Gebiete der Hausindustrie anerkannte. — Der Potsdamer Tischlermeister Pauli brachte alsdann Innungsschmerzen zur Sprache, während der nationalliberale Dr. Esche die Regierung zum Kampfe gegen den Alkoholismus aufforderte.

Am Mittwoch ist Schwerinstag. Zur Verhandlung kommt der Antrag Bassermann betr. kaufmännische Schiedsgerichte, die Anträge zum Schutz des Wahlgeheimnisses und der Toleranzantrag des Centrums. —

Agrarisch ist Trumpf im preußischen Abgeordnetenhause.

H. **Berlin,** 28. Januar. Das Abgeordnetenhaus verhandelte am Dienstag über den landwirtschaftlichen Etat. Herr v. Podbielski, der mit sichtlicher Redelust bei jeder sich bietenden Gelegenheit in die Debatte eingriff, erhielt zwei Vertrauensvota: ein konservatives von dem Stettiner Zeitungsverleger und agrarischen Heißsporn Malkewitz und ein nationalliberales vom Abg. Wamhoff. Zunächst kam es zu einigen kurzen Erklärungen in der Frage der Staatsaufsicht über die Hypothekenbanken; man bekam dabei nichts Neues zu hören. Pikanter war ein kleiner Zusammenstoß zwischen dem Centrum und dem Bunde der Landwirte. Der Centrumsabg. Frhr. v. Eynatten beklagte sich in sehr milder Form über den Einbruch derer um Diederich Hahn in altes Centrumsland, was Herrn Malkewitz Anlaß bot zu einigen Worten scheinbarer Bußfertigkeit und offenkundiger Schadenfreude. Er meinte, der Bund müßte den Centrumsherren manchmal „das Gewissen schärfen". Auf seine den Husarenritt der Landbündler verherrlichenden Aeußerungen wagte Herr de Witt vom Centrum nur ziemlich schüchtern zu reagieren. Mit Haut und Haaren ist das Centrum dem agrarischen Terrorismus verfallen.

Zum Vorkämpfer schutzzöllnerischer Bestrebungen machten sich dann die Centrumsabgg. Dasbach und Schmitz-Düsseldorf mit der Forderung eines gegenüber der Regierungsvorlage erhöhten Zollsatzes für Quebrachoholz und andere Gerbmaterialien. Der Quebrachozoll beträgt im Zolltarifentwurf 1 Mark für den Doppelcentner, besonders Herr Schmitz konnte sich nicht genug thun mit der Behauptung, ein so niedriger Zoll sei der Ruin der deutschen Eichenschälwaldungen. Die Antwort, die Herr v. Podbielski gab, wird den Agrariern der Rechten wie des Centrums wenig lieblich in die Ohren geklungen haben: der Minister hält die deutschen Schälwaldungen überhaupt für dem Untergange geweiht. Für ihn handelt es sich nur darum, bis zur Einführung der Mineralgerbung den Besitzern dieser Waldungen die Möglichkeit zur Ueberführung in einen anderen Betrieb zu bieten, Herr v. Podbielski hatte aber im übrigen den Agrariern nur angenehmes zu sagen; über die Grenzsperre für Schweine sprach er so, daß es Graf Bülow nicht besser hätte machen können. — Am Mittwoch kommt zuerst der Etat der Gestütsverwaltung an die Reihe. —

Deutschland.

Berlin, 29. Januar. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, würde das Branntweinsteuergesetz im Laufe der Woche, vielleicht schon Donnerstag, auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt werden. —

— Der konservative Abg. v. Puttkamer-Plauth hat nach der „Voss. Ztg." sein Mandat für den Reichstag niedergelegt, das für den Landtag hat er dagegen beibehalten. —

— Die Vorlage betreffend Erwerb von Bergwerkseigentum durch den Staat enthält, wie verlautet, insgesamt eine Forderung von 60 000 000 Mark.

— **In der Zolltarifkommission** ist, so schreibt die „Freis. Ztg.", das Bild völlig verändert. Während die Presse der Rechten über Verschleppung der Verhandlungen durch die Linke klagt, zieht die Rechte in der Kommission mit ihren schwerwiegenden Anträgen die Verhandlungen hin. Regierung und Linke bekämpfen gleichmäßig die den Zollkrieg vorbereitenden Anträge der Agrarier. Auch aus dem Centrum und aus der nationalliberalen Partei ziehen agrarisch gesinnte Mitglieder ihre Unterstützung der agrarischen Anträge zurück. —

— **Der Staatsanwaltschaftsrat Cuny** ist, wie die „Volkszeitung" hört, von Berlin an die Staatsanwaltschaft in Hagen versetzt worden, woselbst er am nächsten Sonnabend seine Amtsgeschäfte übernimmt. Die „Kölnische Volkszeitung" macht zu der Duellrede des sonderbaren Staatsanwalts einige interessante Bemerkungen. Sie meint: „Der Berliner Staatsanwalt hat aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht: denn „zwei Seelen wohnen, ach, in seiner Brust", eine amtliche duellfeindliche, und eine außeramtliche, studentische Reserveoffiziersseele, die in standesmäßiger Voreingenommenheit den Zweikampf als „ritterlichen Ehrenhandel" zu preisen und gegen „Philister" zu verteidigen nicht verabsäumt. Er ist unter seinen Standesgenossen keineswegs „die einzig fühlende Brust"; wie er, denken leider recht viele, nur hüten sie sich, ihre Ansicht öffentlich auszusprechen." Das Blatt weist dann noch darauf hin, daß Staatsanwälte zumeist Reserveoffiziere von Kavallerieregimentern sein müßten, die der Infanterie gelten schon nicht mehr für ganz voll. Dann heißt es weiter: „. . . Die Staatsanwaltschaft krankt vielfach an Exklusivität, die eine Folge des Corps- und Burschenschaften-Nepotismus ist. Sehr viele, und nicht gerade die weniger tüchtigen Juristen, wenden sich zum Nachteile der Staatsanwaltschaft dem Richter- oder dem Rechtsanwaltberufe zu." — Wahrscheinlich kommt der Fall Cuny im preußischen Abgeordnetenhause zur Sprache. —

Bückeburg, 27. Januar. Die amtliche Feststellung [illegible]ahlresultats in Schaumburg-Lippe ergiebt noch [illegible]ine Verschiebung der Wahlziffern zu Gunsten des [illegible] Kandidaten, der damit an die erste Stelle rückt. Es haben nämlich erhalten: Demmig (Fr. Vp.) 3054, Graf Reventlow (Antis.) 3016, Reichenbach (Soz.) 1634, zersplittert 51 Stimmen. Die Stichwahl findet, wie telegraphisch gemeldet wird, nächsten Freitag statt.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung ist in Fürth ein Maschinenbauer Konrad Stützel zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte am 17. August angetrunken neben einem Bäcker gesessen und geschimpft. Der Bäcker konnte als Zeuge nicht bestimmt angeben, ob der Angeklagte wirklich identisch sei mit dem Mann, der am 17. August neben ihm gesessen habe. Ein Gendarm erklärte nach dem „Vorwärts" als Zeuge, er habe den Angeklagten vier Wochen später im Arbeitshause in Rebdorf festgenommen, weil ihm gesagt wurde, daß der Mann, der die Majestätsbeleidigung am 17. August begangen habe, sehr schöne Schriften u. s. w. auf den Tisch gezeichnet habe und das treffe auf den Angeklagten zu, der könne sehr schön schreiben. —

Chronik der Duelle.

Ein Duell auf krumme Säbel wurde nach der „Frankfurter Zeitung" am Freitag in Marburg zwischen einem ehemaligen Kürassier-Offizier und einem Studierenden ausgefochten. Beide wurden verletzt, der Offizier ziemlich erheblich durch einen Hieb über die Stirn. —

Italien.

Selbstvergeltung.

ac. Vor einigen Tagen erschoß in Neapel der Steuerinspektor Dellafranci den Grafen del Balzo auf offener Straße. Als Ursache wird jetzt folgendes bekannt. Der Graf del Balzo hatte die 19jährige Tochter des Steuerinspektors verführt und aus dem elterlichen Hause entführt. Er wurde, weil das Mädchen minderjährig, in Haft genommen, versprach aber die Heirat und wurde deshalb wieder entlassen. Später weigerte er sich, sein Versprechen zu erfüllen und daher Dellafrancis Rache. —

Belgien.

Die Börse vor der Kammer. — Heeres-Reform.

Der „Frankf. Ztg." berichtet aus Brüssel: In der Kammer interpellierte gestern der Sozialist Bertrand die Regierung über Maßregeln, die sie gegen Mißstände an der Börse und die Korruption der Fachpresse und selbst der Tagespresse zu thun gedenke. Er citierte zahlreiche Namen, welche die Kammerberichte der bürgerlichen Presse nicht wiedergeben. Minister van den Heuvel betonte in seiner Antwort, daß die deutschen Börsengesetze sich nicht bewährt haben. Die Diskussion wurde geschlossen. —

ac. Der Gesetzentwurf betreffend die Heeres-Reform ist nunmehr von der Kammer endgültig **und zwar mit 74 gegen 42 Stimmen und 3 Stimmenthaltungen angenommen worden**

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 25. Magdeburg, Donnerstag, den 30. Januar 1902. 13. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(128. Sitzung.)

Berlin, den 28. Januar 1902.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Klinckowström (kons.) durch Erheben von den Plätzen.

Präs. Graf Ballestrem übermittelt den Dank des Kaisers für den Glückwunsch des Reichstags zu seinem Geburtstag.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Hompesch (Centr.) und Genossen betr. **Aufhebung des Jesuitengesetzes.**

Abg. Dr **Spahn:**

Seitdem der Bundesrat im Jahre 1894 auf den Beschluß des Reichstags betr. Aufhebung des Jesuitengesetzes ablehnend geantwortet hatte, hat er auf wiederholten Reichstagsbeschluß keine Antwort gegeben. Die Ehre und das Ansehen des Deutschen Reichstags verlangt eine endliche Antwort des Bundesrats. Ich hoffe, daß der Bundesrat dem wiederholt gefaßten Beschlusse des Reichstags nachkommen wird. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky:**

In Stellvertretung des Herrn Reichskanzlers habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die Anträge, welche den Gegenstand der vorliegenden Interpellation bilden, unterliegen der eingehenden Prüfung der einzelstaatlichen Regierungen. (Lachen im Centrum.) Von katholischer Seite ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die aushilfsweise Thätigkeit der Predigerorden, insbesondere des Ordens der Gesellschaft Jesu, eine notwendige Forderung für die Befriedigung der konfessionellen Bedürfnisse der Katholiken sei. Andererseits hegen weite Kreise der protestantischen Bevölkerung gegen die Wiederzulassung der Jesuiten die lebhaftesten Besorgnisse. Diesen Widerstreit der Meinungen wird man auch nicht beseitigen können durch den Hinweis darauf, daß im modernen Staate die verschiedensten ethischen Richtungen im geistigen Kampf ihr Gegengewicht und ihren Ausgleich finden, und daß ein solcher Kampf die natürliche Voraussetzung für die fortgesetzte Auffrischung des geistigen Lebens einer Nation sei. Trotz der eingehenden Erwägungen ist zu erwarten, daß die verbündeten Regierungen sich noch in dieser Session zur schwebenden Frage schlüssig machen werden und die Entschlüsse der verbündeten Regierungen werden dem Reichstage in der üblichen Form mitgeteilt werden.

Auf Antrag des Abg. Rintelen (Centr.) findet die Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Dr. **Stockmann** (Rp.):

Wir sind nach wie vor gegen die Zulassung des Jesuitenordens, weil wir nicht wollen, daß unser Vaterland durch konfessionelle Streitigkeiten vergiftet wird. (Oho! im Centrum.) Wir hoffen, daß die Entscheidung der Regierung bald und mit einem klaren, unzweideutigen „Nein" fallen wird.

Abg. **Blos** (Soz.):

Die Ausführungen, die Graf Posadowsky hier im Namen des Reichskanzlers gemacht hat, deuten nicht auf eine baldige Antwort hin. Denn diese Session dauert noch sehr lange, bis nämlich der Zolltarif fertig ist. (Heiterkeit.) Wir halten die Jesuiten für ungefährlich; wer sich vor ihnen fürchtet, dem geschieht es ganz recht, wenn ihm das Fell über die Ohren gezogen wird. Sollte infolge der heutigen Erklärung des Reichskanzlers der Zolltarif nicht zustande kommen, so würden wir nichts dagegen haben. Zur Beseitigung des [illegible]itengesetzes giebt es ein einfaches Mittel. Die Regierung [illegible] ihre Weltpolitik eine Bewilligungspartei. Diese war [illegible] Jahren das Centrum. Wenn Sie (zum Centrum) alle [illegible] Jesuitenordens werden, wird sich die Regierung schnell zur [illegible] des Jesuitengesetzes verstehen. (Heiterkeit.)

Abg. **v. Staudy** (kons.):

Ein Teil meiner Freunde will § 2 des Jesuitengesetzes aufheben, ein anderer lehnt auch dieses ab.

Abg. Fürst **v. Radziwill** (Pole):

Die katholische Bevölkerung muß es als eine Kränkung der Kirche ansehen, wenn der Staat darüber bestimmen will, wie die Kirche ihre Souveränität auf ihrem eigenen Gebiet ausüben will. (Bravo! im Centrum.)

Abg. **Büsing** (natl.):

Wir sind für Aufrechterhaltung des Jesuitengesetzes, wünschen aber eine klare Haltung der Regierung. Ein Teil meiner Freunde wünscht die Aufhebung des § 2.

Abg. **Schrader** (Freis. Vg.):

Ein Teil meiner politischen Freunde ist der Anschauung, daß das ganze Jesuitengesetz aufzuheben ist, ein anderer will nur den § 2 aufheben.

Abg. **Richter** (Freis. Vp.):

Die Stellung meiner Freunde zur Sache selbst ist unverändert. Wir sind übereinstimmend der Ansicht, daß § 2 aufzuheben ist, in Bezug auf § 1 sind die Ansichten geteilt.

Abg. Dr. **Bachem** (Centr.):

Die Gründe für das Fernbleiben des Reichskanzlers bei einer so überaus wichtigen Angelegenheit sind uns nicht bekannt gegeben worden. (Sehr wahr! im Centrum.) Da ich nun nicht sagen will, ich kenne die Gründe des Reichskanzlers nicht, aber ich mißbillige sie (Heiterkeit), so will ich annehmen, daß der Herr Reichskanzler wirklich Gründe für sein Fernbleiben gehabt hat. (Heiterkeit und Sehr gut! im Centrum.) Graf Posadowsky hat uns eine Erklärung verlesen und ist dann wieder verschwunden. Um so mehr freut es mich, daß wenigstens von den übrigen Herren Bundesratsmitgliedern heute eine Anzahl aushält. (Staatssekretär Graf Posadowsky betritt den Saal.) — Zunächst muß ich konstatieren, daß der Herr Stellvertreter des Reichskanzlers wieder erschienen ist. (Große Heiterkeit.)

An die übrigen Bundesratsmitglieder richte ich die Frage, ob sie sich wirklich die neuliche Aeußerung des Herrn Reichskanzlers über die Stellung der Bundesratsmitglieder gefallen lassen wollen. Eine solche Herabsetzung hat wohl noch kein Bundesrat schweigend ertragen. Seit sechs oder sieben Jahren liegt der Beschluß des Reichstages vor und bis heute soll sich der Bundesrat noch immer nicht zu einer Entschließung haben ermannen können? Wenn Sie die Jesuiten nicht zum ehrlichen Kampf zulassen, fühlen Sie dann nicht, daß Sie sich damit selbst ein Zeugnis der Schwäche ausstellen? (Sehr wahr! im Centrum.) Im Auslande sind die Jesuiten zugelassen, ohne daß sich irgend welche Störungen daraus ergeben haben. Wir verlangen die Aufhebung des Jesuitengesetzes im Interesse des gesamten deutschen Reiches, das nicht ein Rechtsstaat genannt werden kann, so lange ein Teil des Volkes außerhalb der Gesetze steht. (Bravo! im Centrum.)

Abg. **Delsor** (Elsässer):

Wir Elsaß-Lothringer haben besonders wenig Ursache, Freunde einer Ausnahmegesetzgebung zu sein. Das Jesuitengesetz ist ein Bruder des Diktaturparagraphen. (Sehr wahr! links.)

Abg. **Stöcker** (wildkons.):

Ich bin für die Freiheit beider Kirchen (Bravo!), aber ich muß sagen, die Gehässigkeit beider kirchlichen Richtungen ist gleich groß. Mein Ideal liegt in den Anfängen des vorigen Jahrhunderts, wo jede kirchliche Richtung das Gute bei der anderen erkannte. (Bravo!)

Staatssekretär Graf **Posadowsky:**

Ich muß der Auffassung des Abg. Bachem in Bezug auf die staatsrechtliche Stellung des Bundesrats entgegentreten. Was der Herr Reichskanzler seiner Zeit in dieser Beziehung gesagt hat, entspricht durchaus der verfassungsmäßigen Natur dieser Körperschaft. Der Bundesrat ist kein Parlament, kein Oberhaus, sondern die Vertretung der deutschen Fürsten und Staaten. Die Bundesratsmitglieder haben bei Abstimmungen lediglich das Votum abzugeben, das ihnen von ihrer Regierung vorgeschrieben wird. — Weiter ist mir von einem Abgeordneten der Linken vorgeworfen worden, meine Erklärungen, die ich über das staatliche Verhältnis des Reichskanzlers zum Bundesrat abgegeben habe, seien abweichend von meiner Erklärung während der Debatte über den Etat des Reichsamtes des Innern. Auch das ist nicht richtig. Die Sache vollzieht sich im Bundesrat derart, daß der Reichskanzler oder auch eine einzelne Regierung einen Antrag beim Bundesrat einbringt. Der Bundesrat prüft diesen Antrag, berät ihn, ändert ihn in vielen Fällen ab. Das Plenum macht sich dann über diese Vorlage der Ausschüsse schlüssig. Eine Stellung des Reichskanzlers gegenüber dem Bundesrat, daß er verlangen solle, seine Vorlage würde unve[illegible] angenommen, ist vollkommen ausgeschlossen. Der Reichskan[illegible] nicht in der Lage, jedem abändernden Beschluß des B[illegible] die Kabinettsfrage zu stellen. Der Fall kann ein[illegible] er unwahrscheinlich ist. (Abg. Singer: Sehr unwahr[illegible] [illegible]keit.) Mit meinen letzten Ausführungen habe ich nur gesagt, [illegible] für die Politik, die im Reiche getrieben wird, nicht ein einzelner Beamter verantwortlich ist, sondern die gesamten verbündeten Regierungen.

An der weiteren Debatte beteiligen sich noch die Abgeordneten Dr. Bachem (Centr.) und Schrader (Freis. Vg.).

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt.

Hierauf wird die

zweite Lesung des Etats des Innern

(Titel Staatssekretär) fortgesetzt.

Abg. **Stolle** (Soz.):

Die Fortschritte unserer Sozialreform sind außerordentlich gering, aber nicht einmal die bestehenden Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter werden innegehalten. — Besonders das Ueberstundenunwesen hat sich in Sachsen in großem Umfange ausgebildet. Gerade in der heutigen Zeit der Arbeitslosigkeit sollten doch alle Ueberstunden nach Möglichkeit vermieden werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In ihrem Hunger nach Ueberstundenarbeit schrecken die Unternehmer, gestützt auf die Macht des Centralverbandes, vor keiner Gewaltthat zurück. Das haben erst jüngst die Meeraner Weber erfahren. So wurden von den dem Centralverbande angehörigen Fabrikanten 2000 Arbeiter aufs Straßenpflaster gesetzt, weil sich 5- bis 600 Arbeiterinnen geweigert hatten, Ueberstunden zu machen. Dadurch wurden natürlich die kleinen Geschäftsleute geschädigt. Das ist der Schutz des Mittelstandes, von dem Herr Dr. Oertel so schöne Worte zu machen versteht. Der Centralverband kennt keine Gnade. So sollte schon ein Regiment Soldaten herbeigeholt werden, um mit blauen Bohnen den Arbeitern zu beweisen, daß sie sich zu fügen haben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Fabrikant, an dessen Menschlichkeit die Arbeiter appellierten, erklärte offen: „Ich bin durch eine Konventionalstrafe von 1000 Mark gebunden." Ein solches Vorgehen der Unternehmer ist geradezu gemeingefährlich. Was von der Ueberarbeit gilt, das gilt auch von der Sonntagsarbeit. So ist im Glauchauer Bezirk die Genehmigung zur Sonntagsarbeit an 42 Sonntagen erteilt worden. Eine Abhilfe kann nur eintreten, wenn das Recht der Genehmigung ausschließlich den Aufsichtsbeamten erteilt wird.

Hierzu kommen noch weitere Beschränkungen der Arbeiter. In vier Orten des Bezirkes Chemnitz ist es den Arbeitern unmöglich gemacht, Versammlungen abzuhalten, ebenso im Glauchauer Bezirk; ihre Gewerkschaftsversammlungen werden als öffentliche Versammlungen behandelt.

Ueber mangelhafte Unfallverhütungen berichten die Fabrik-Inspektoren aus Breslau, Elbing und Magdeburg. Der Breslauer und Magdeburger Bericht weisen vor allem auf die zahllosen Betriebsunfälle hin, die auf den Bauten vorkommen. Der Magdeburger Inspektor beklagt sich, daß die unteren Verwaltungsbehörden sehr mangelhaft über solche Unfälle berichten. Die Berichte zeigen, daß man von einer wirklichen Sozialreform noch nicht sprechen kann. Wenn dem Verlangen der Arbeiter, auch ihre Organisationen zu hören, stattgegeben würde, würde sich ein Bericht, wie ihn der Magdeburger Inspektor giebt, nicht wiederholen brauchen. Vielfach fehlt bei den Bauunternehmern die scharfe polizeiliche Ueberwachung, die die Arbeiter gewöhnt sind. — Der Inhalt der Berichte über die Kinderarbeit ist schrecklich. Die Broschüre eines Schuldirektors hat diese Zustände an die Oeffentlichkeit gezogen. Da heißt es als Ursache der Kinderarbeit: Eltern tot, Mutter Witwe, Vater arbeitslos ꝛc. Wenn Sie Ihren Patriotismus beweisen wollen, dann sorgen Sie hier für schleunigste Abhilfe im Interesse des Wohles und des Glückes der heranwachsenden Menschheit. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. **Fischer:**

Was die Meeraner Arbeiteraussperrung betrifft, ist die Vereinbarung der Konventionalstrafe unter den Arbeitgebern eine rein civilrechtliche Abmachung, in die die Verwaltungsbehörden nichts hineinzureden haben. Die in Sachsen geübte Praxis bezüglich der Ueberstundenarbeit ist eine durchaus gesetzliche. — Wenn in einem Bezirke die Arbeiter kein Versammlungslokal erhalten können, so können dafür nicht die Verwaltungsbehörden, sondern nur die Gastwirte. In der Revision der Fabrikbetriebe steht Sachsen an der Spitze und das ist den Sozialdemokraten sehr unangenehm. An dem schlechten Verhältnis zwischen Arbeitern und Gewerbeinspektoren ist nur die Verhetzung gegen diese von gewisser Seite schuld. Herr Südekum wies darauf hin, daß vielfach Mitglieder von Bergbehörden im Aufsichtsrate von Bergwerksgesellschaften sitzen. Für Sachsen kann das nicht zutreffen, denn hier sind die Bestimmungen sehr streng. Sogar für pensionierte Beamte ruht die Pension, so lange sie Remunerationen als Aktionäre beziehen. Wenn Herr Südekum sagt, daß ihm ein höherer sächsischer Regierungsbeamter zugestanden habe, daß auch er Sozialdemokrat werden würde, [illegible]enn er unter solchen Zuständen zu leiden hätte, so kann ich das erst [illegible]ben, wenn er mir den Namen des betreffenden Beamten nennt. Heiter[illegible]it bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Paulk-Potsdam** (wildkons.)

[illegible]schleunige Regelung der Frage des Befähigungsnachweises im Baugewerbe. Man hat die Hinzuziehungen von Arbeitern gewünscht; ich fürchte, daß dieselben nicht unabhängig urteilen werden.

Abg. Dr. **Esche** (natlib.)

plaidiert für eine wirksame Bekämpfung des Alkoholismus. Sehr wünschenswert wäre eine Verfügung, die den Fabrikbesitzern vorschreibt, für ihre Arbeiter stets frisches Trinkwasser vorrätig zu halten. Ich bitte den Herrn Staatssekretär auch die Regelung dieser Frage in sein Arbeitsprogramm aufzunehmen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. 1. Antrag Bassermann (natlib.) betr. kaufmännische Schiedsgerichte; 2. Anträge Gröber-Rickert betr. Aenderung des Wahlgesetzes; 3. Toleranzantrag Lieber (Centr.). 2. Lesung.

Abg. Schrader (Freis. Vg. [zur Geschäftsordnung]): Ich möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß die verbündeten Regierungen sich bei der Beratung des zweiten Antrages (Zuruf bei den Sozialdemokraten: aller!) vertreten lassen möchten. (Bravo!)

Schluß 6¼ Uhr. —

Feuilleton.

Nachdruck verboten

Das Vergessen?

Elsaß-Lothringen 1877—1900.

Roman von Th. Cahu und L. Forest.

Aus dem Französischen übersetzt von Suzanne Braeutigam-Romane.

(23. Fortsetzung.)

Man lachte, . . . aber hinterher dachte man nach. Die Deutschen erschwerten systematisch den Unterricht im Französischen. Man mußte kämpfen, daß den Kindern die Landessprache gelehrt wurde. Daher begnügte sich Stockmann nicht mit den Stunden des Gymnasiums, er suchte für seinen Sohn noch außerdem einen Privatlehrer und eine Privatlehrerin: Braun, dessen Frau ein Mädchenpensionat leitete, wo ausschließlich reiche, elsässische Judenmädchen verkehrten, die ihre mißliche Aussprache und ihre Orthographie verbessern wollten, und Fräulein Polin, eine sehr fein gebildete, junge Dame, welche sich dem französischen Unterricht wie einem heiligen Amte gewidmet hatte.

Unter dieser doppelten Leitung, von Stockmann energisch unterstützt, bemühte sich Leo, die Kenntnis aller Gesetze der französischen Sprache sich anzueignen. Diese Erziehung beschränkte sich aber nicht auf das Vollschreiben von dicken Heften, angefüllt mit Diktaten, Stilübungen oder grammatischen Analysen, nein, stufenmäßig bildete sie auch die Seele des Kindes. Aus der Grammatikstunde wurde zugleich eine Unterweisung in der Vaterlandsliebe. Wenn man Leo in die Geheimnisse der französischen Partizipien einweihte, impfte man ihm zugleich den Widerwillen gegen alles Deutsche und die Liebe für alles Französische ein. In der Grammatik erinnerte jedes Beispiel an Napoleonische Ruhmesthaten oder an schmachbedeckte Seiten der deutschen Geschichte. Als Erzählungen wählte man z. B. „Die Schlacht bei Jena", oder: „Welche Gefühle sollen die Wörter erwecken: Das französische Vaterland?"

Auf solche Weise, indem der Junge alle Tage in seiner Umgebung die ewiggleiche Unterhaltung hörte, in der sich der unbesiegbare Wunsch der Wiedervereinigung mit Frankreich aussprach, wurde aus dem Kinde ein überspannter kleiner Patriot, voll von beinahe krankhaftem Hasse gegen die „Pumpernickelesser" und die „Pickelhauben". Im Gymnasium war er in seiner Klasse Anführer der Partei der Protestler. Er prügelte einen seiner kleinen lothringischen Kameraden, weil dieser der Schuld überführt war, sich eine farbige Mütze, wie die deutschen Gymnasiasten, gekauft zu haben. Das Tragen dieser Kopfbedeckung erschien dem kleinen Stockmann als ein Verrat. Die Mütze flog in den Schmutz, und indem er darauf herumtrampelte, schrie Leo:

„Da, Du Preuße, da siehst Du, was ich von Deiner Oblate halte."

Diese Geschichte, welche ohne die Nachsicht des Doktors Wüste zu Unannehmlichkeiten geführt hätte, verschaffte Leo den Ruf eines kleinen Helden. Seine Gefährten bewunderten ihn, und er war sehr stolz auf sein Ansehen. Stockmann förderte sorgfältig diese Geistesrichtung seines Sohnes. Wenn es Sonntags schön Wetter war, führte der Patriot sein Kind auf die Wälle, um das Arsenal herum, oder zum Friedhof von Chambiere, um das Denkmal zu besuchen, welches man für die im Kriege gefallenen Franzosen errichtet hatte. Bisweilen machte die ganze Familie in einem großen Wagen Ausflüge in die Umgegend der Stadt. Man durchkreuzte Dörfer, um welche die Grabhügel grünen, die schmerzliche Erinnerungen wecken: Saint-Privat, Gravelotte. Dann las Stockmann laut die Inschriften zum Andenken an die Gefallenen vor, oder er erklärte auf dem Schlachtfelde nach der Karte und nach einem Buche, die er mit sich führte, die Bewegungen der französischen Truppen, die einst hier in den Tod geführt wurden, und die Ursachen ihrer Niederlage.

An einem Feiertage führte Stockmann seine Familie auch in die Umgegend der Stadt. Nach schon eingetretener Kälte erhellten noch einige warme Sonnenstrahlen als letzte Scheidegrüße des Herbstes den kurzen Novembertag.

Stockmann hatte aus zwei guten Gründen sich für den Ausflug entschieden: einmal reizte ihn das milde Wetter, und dann auch verscheuchte ihn aus Metz der Lärm eines offiziellen Festes.

Der Statthalter von Elsaß-Lothringen war nach der alten Festungsstadt gekommen. Für diese festliche Gelegenheit hatte die deutsche Verwaltungsbehörde alle Stangen und Balken, die in Lagerräumen aufgespeichert lagen, herausgeholt, und die Soldaten hatten die nahen Wälder geplündert, um Tannenzweige zu langen Guirlanden zu gewinnen. So bemühte man sich, der Stadt ein festliches Aussehen zu verleihen. Aber die Begeisterung fehlte doch. Auf dem ganzen Wege des offiziellen Zuges bewiesen die geschlossenen Fenster eine herausfordernde Trauerstimmung der Einheimischen. Einige „Hochs!", welche von den Mitgliedern der Kriegervereine ausgingen, ließen das Schweigen der Lothringer nur noch deutlicher hervortreten und zeigten, welch' kleine Anzahl solcher Tapferen, Braven, der Regierung eigentlich zur Verfügung gestanden hatte.

Stockmann wollte dem Getöse der deutschen Musik und dem Lärm der anbefohlenen Festlichkeit den Rücken wenden. Er floh auf das Land und freute sich, reine Luft einatmen und das in Waffen starrende Preußentum, das ihn unablässig wie ein Alpdrücken verfolgte, für kurze Zeit vergessen zu können.

In seiner Sehnsucht nach Ruhe hatte er nicht einmal die Zeitungen gelesen, und er wußte nicht, daß eine große Revue auf dem Exerzierplatz von Frescati stattfinden sollte.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. Januar 1902.

— **Von der städtischen Polizei-Verwaltung.** Baukonsense sind im vorigen Jahre 1110 erteilt. Durch diese Konsense wurden genehmigt: 129 diverse Wohnhäuser inkl. Fabrik- bezw. Kessel- und Maschinenhäuser, 349 Ställe bezw. Remisen, Niederlagen, Speicher, Werkstätten, Schuppen, Waschküchen, Gewächshäuser und Klosetts, 455 Reparaturen, Um-, Aus- und Anbauten, sowie Erhöhungen, Vergrößerungen und Kelleranlagen, 145 Veranden bezw. Lauben, Schutzdächer, Kegelbahnen, Buden und Einfriedigungen, 128 Entwässerungsanlagen. An größeren Neubauten sind zu verzeichnen das Justizgebäude, die Wartehalle im „Herrenkrug", der Erweiterungsbau im „Herrenkrug", das Asyl für Obdachlose, das Familienhaus an der Hesekielstraße, das Schulgebäude an der Kleinen Diesdorfer- und äußeren Ringstraße, die Grabkapelle auf dem Friedrichstädter Kirchhof, Schulgebäude, Turnhalle, Wohngebäude pp. an der Falkenbergstraße, Kranken-Pavillon und Isolier-Pavillon an der Leipzigerstraße, Schulgebäude an der Helmstedterstraße, Präbendatenhaus (St. Georgii) an der Belfortstraße, Kozlowski-Denkmal bei der Strombrücke und den Cirkus von Barnum u. Bailey auf dem Cracauer Anger. Strafsestsetzungen sind 589 erfolgt. Darunter wegen Uebertretung der baupolizeilichen Vorschriften 375, wegen Uebertretung des Feld- und Forst-Polizeigesetzes 210, wegen Uebertretung des Rayon-Gesetzes 4. Die nach dem Regulativ vom 3. Januar 1883 vorzunehmenden bau- und feuerpolizeilichen Revisionen erstreckten sich auf 528 Grundstücke. In 80 Grundstücken wurden keine Verstöße gegen die bestehenden Vorschriften festgestellt. Zur Abänderung der in 448 Grundstücken vorgefundenen fehlerhaften Anlagen sind die Grundstücksbesitzer veranlaßt worden. Die im Stadtgebiet vorhandenen 99 größeren öffentlichen Versammlungsräume sind hinsichtlich der Beschaffenheit ihrer Beleuchtungsanlagen (Befestigung der Kronleuchter) vierteljährlich revidiert worden. Verstöße gegen die polizeilichen Vorschriften sind nicht festgestellt worden. —

— **Die Magdeburger Privatbank** ist in ihrer Filiale in Hamburg um einen erheblichen Geldbetrag geprellt worden. Die Bank hatte auf 107 Ballen Federn, die der in Moskau und Hamburg etablierten Firma R. Wagenföhr u. Co. gehörten und bei dem Quartiersmann (Speicherhalter) Adolf Hostmann eingelagert waren, einen Vorschuß von 45 000 Mark gegeben. Hostmann und Wagenföhr haben dann die ganzen verpfändeten Waren, bis auf 10 Ballen, heimlich vom Lager geschafft und zu ihrem Vorteil verwertet. Um die Untreue zu verdecken, erwirkten sie von der Bank die Erlaubnis, die Federn auf dem Wasser nach Altona zu bringen und dort umladen zu lassen; sie hatten die Ware für den Transport zu versichern und bewirkten auch bei zwei Versicherungs-Gesellschaften unter genauer Beze[illegible]ng der gar nicht mehr vorhandenen Ballen die Verf[illegible] Sodann belud Hostmann einen Kahn mit g[illegible]are und ließ ihn nachts durch seine Leute [illegible]aufen. Am nächsten Tage begab er sich sodann zu [illegible]erungs-Gesellschaften und wollte — auf Grund von [illegible]arie — die Versicherungssumme erheben, mit der er und Wagenföhr dann die Magdeburger Privatbank zu befriedigen dachten. Bei der durch die Versicherer angestellten Untersuchung kam indessen der Schwindel zu Tage und Hostmann wurde darauf wegen Betruges und Untreue vor das Hamburger Gericht gestellt. Vier Arbeiter sind wegen Beihilfe zum Betruge ebenfalls angeklagt worden, während Wagenföhr entflohen ist. Die Beweisaufnahme ergab trotz Hostmanns Leugnen die Richtigkeit der in der Anklage enthaltenen Behauptungen. Der Hauptangeklagte, der auch noch andere Schwindeleien ausgeführt hat, wurde am Montag zu 2½ Jahren Gefängnis und zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt, von den anderen wurden zwei zu einem halben Jahre verurteilt und zwei freigesprochen. —

— **Falsche Zweimarkstücke** sind wieder in Umlauf. Am Dienstag abend wurde beim Fleischermeister Crone in der Lübeckerstraße von einem Jungen ein falsches Zweimarkstück gegen Entnahme von Ware angebracht. Es empfiehlt sich aus diesem Grunde also Vorsicht bei der Annahme derartiger Geldstücke. —

— **Suppenverteilung.** In der Woche vom 19. bis 25. Januar wurden seitens der Armenverwaltung 9238 Portionen Suppe an Arme verteilt. Davon entfallen auf die Altstadt 1641½, Neustadt 2297, Sudenburg 3781 und Buckau 1518½ Portionen. —

— **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters** wird uns geschrieben: Da auch die Montag-Aufführung von „Alt Heidelberg" wieder vor völlig ausverkauftem Hause stattgefunden, hat das lebensfrische Stück, das sich zu einem Schlager und Zugstück entwickelt hat, nun schon in kurzer Zeit vier ausverkaufte Häuser erzielt. Das Werk geht heute zum fünften Male in Scene. Ende der Vorstellung ist 10½ Uhr. Frl. Hedwig Hübsch vom Stadttheater in Chemnitz wird, auf Engagement gastierend, am Donnerstag die „Undine" singen. Als Kühleborn hat Herr Brousgeest sein letztes Probegastspiel. In Rücksicht auf die künstlerische Bedeutung, welche das am Freitag in Thomas' „Mignon" stattfindende Gastspiel der Bayreuther Sängerin, Emmy Destinn vom Berliner Hoftheater, beanspruchen kann, und in Hinsicht auf die pekuniären Bedenken, unter welchen dasselbe zustande gekommen, sieht die Direktion sich genötigt, die Preise zu dieser Vorstellung zu erhöhen. Der Preis des Parketts ist auf 4.10 Mark festgesetzt. Der Name des Frl. Emmy Destinn hat besonders durch die letzten Bayreuther Festspiele einen ausgezeichneten Klang erhalten, da unsere Gastin die erste Sängerin gewesen ist, welche in der neu einstudierten „Holländer"-Aufführung die weibliche Hauptpartie der Senta gesungen hat. Durch ein Versehen hat sich in den am Sonntag erschienenen Wochenspielplan ein Fehler eingeschlichen. Es soll nicht heißen: Sonntag nachmittag, sondern: Sonntag abend: „Die Afrikanerin". —

Provinz und Umgegend.

jh. **Salbke,** 29. Januar. (Nochmals die Lokalfrage.) In Nr. 21 der „Volksstimme" war ein Bericht über Westerhüsen und Salbke enthalten, welcher die Lokalfrage behandelte, wonach die Lokalbesitzer die Arbeiter wohl als Mitglieder von Klimbim-Vereinen gern kommen sehen, aber ihnen als Gewerkschaftler oder gar als Sozialdemokraten alle Thüren verschließen.

Um einmal zu zeigen, wie recht der Artikelschreiber hat, wollen wir ein bezeichnendes Beispiel anführen. — Als Gemeindevertreter der 3. Klasse erachtete Genosse Julius Hahn in Salbke es längst als seine Pflicht, seinen Wählern über seine kommunale Thätigkeit in den letzten zwei Jahren Bericht zu erstatten. Dies wurde ihm aber dadurch unmöglich gemacht, daß ihm am 26. Januar vom Gastwirt H. Wilhelm der Saal zur Abhaltung einer Wählerversammlung der 3. Klasse mit dem Bemerken verweigert wurde, die Arrangierung der Versammlung solle nur dem Hausbesitzerverein überlassen werden, denn die Hausbesitzer könnten in dem Lokal sprechen und thun, was sie wollen, das ginge den Wirt dann nichts an. Wenn er (der Wirt) aber dem Genossen Hahn den Saal gebe, so sei zu befürchten, daß dort Politik getrieben würde; das erschiene aber diesem Saalbesitzer nicht wünschenswert.

Genau wie vor vier Jahren; da wurde dem Genossen Hahn von der Frau Witwe Schulze (zum Landhause) der Saal ebenfalls zur Abhaltung einer Wählerversammlung der 3. Klasse verweigert; eine Stunde später erhielt zu demselben Zweck der Hausbesitzer-Verein den Saal.

Wir haben also hinreichende Ursache, unseren Appell an die Arbeiterschaft bezüglich der Lokalfrage so lange zu wiederholen, bis das verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsrecht auch den Arbeitern von Salbke zu teil geworden ist.

Cracau, 28. Januar. (Zur Gemeindevertreter-Wahl.) Die Liste der Gemeindewähler liegt nur noch bis zum 30. d. M., abends 6 Uhr, im Bureau des Gemeindevorstehers aus. Pflicht eines jeden Berechtigten ist es, sich zu vergewissern, ob sein Name eingetragen ist. Wer selbst nicht nachsehen kann, der melde sich noch heute — Mittwoch — bei dem Arbeiter Ernst Hillmann, Prestersstraße 8, und gebe seinen Namen an. Genosse H. wird dann noch am 30. Januar Einsicht in die Wählerliste nehmen und eventuelle Korrekturen beantragen. —

kz. **Beyendorf,** 28. Januar. (Wie die Landgemeindeordnung respektiert wird.) In § 56 der L.-G.-O. heißt es: „In dem Zeitraume vom 15. bis 30. Januar erfolgt die Auslegung der Liste in einem vorher zur öffentlichen Kenntnis zu bringenden Raume."

Diesen Paragraph scheint der hiesige Ortsvorsteher nicht zu beherzigen, denn am Sonntag, den 26. Januar, waren mehrere Arbeiter bei dem Herrn vorstellig geworden, um Einsicht in die Liste zu nehmen. Dort wurde diesen Steuerzahlern von dem Ortsvorsteher erwidert, sie könnten keine Einsicht in die Liste nehmen, da dieselbe noch nicht fertig gestellt sei, im übrigen würde ein jeder eingetragen, so daß das Einsichtnehmen überflüssig sei. Schon oft genug ist es aber in Preußen vorgekommen, daß Wahlberechtigte nicht wählen konnten, weil sie bei der Aufstellung der Wählerliste vergessen wurden.

Im übrigen erübrigt sich natürlich jede Diskussion mit dem Amtsvorsteher über die Notwendigkeit der Einsichtnahme. Vielmehr werden unsere Freunde sich natürlich mit einer Beschwerde an den Landrat wenden, damit auch in Beyendorf die Staatsgesetze innegehalten werden; denn die Gesetzlichkeit muß auch für einen Ortsvorsteher oberstes Prinzip sein. —

chr. **Borne,** 28. Januar. (Baumfrevel.) Vorige Woche wurden auf der Chaussee von Borne zum „Hamster" 25 Stück junge Bäume abgebrochen. Erst vor einigen Wochen wurden mehrere junge Bäume auf der Strecke von Borne zum Bahnhof abgebrochen. Es wäre wünschenswert, wenn so ein verwahrlostes Individuum abgefaßt und einer Besserungsanstalt überführt würde. —

h. **Halberstadt,** 29. Januar. (Von dem Abschluß der Differenzen in der Dehneschen Fabrik) haben wir leider nichts genaues in Erfahrung bringen können. Wie uns mitgeteilt wird, sollen die Fabrikanten sich mit den Arbeitern dahin geeinigt haben, daß für die besseren Stücke der Preis um etwas erniedrigt, für die geringeren Stücke um etwas erhöht wird. Zu übrigen wird behauptet, der entlassene Schmied Brandt bleibe einstweilen entlassen, wenn ihm auch gütigst gestattet worden sei, in 14 Tagen anzufragen, ob er wieder anfangen dürfe. Ja, uns wird sogar von einer Seite erzählt, die Fabrikanten hätten in Bezug auf Brandt gesagt: Strafe muß sein. Natürlich halten wir das denn doch für eine Verleumdung der christlichen Fabrikanten; wir haben den Glauben an die Menschheit denn doch nicht in dem Maße verloren, als daß wir diese erschreckende Mitteilung für wahr halten könnten, wenn wir auch noch nähere Erkundigungen einziehen werden.

Halberstadt, 27. Januar. (Generalmajor Freiherr von Gayl als Erzieher.) Bei dem Festessen, welches von hiesigen begüterten Einwohnern aus patriotis[illegible] Gründen als Kaisergeburtstagsfeier veranstaltet [illegible] Preis 3,50 Mark), hielt Generalmajor Freiherr [illegible]ne Festrede, in welcher er sagte:

[illegible] weitem offenem Blick für die Zukunft unseres Vater[illegible]e Seine Majestät nicht nur die hohe Bedeutung erkannt, [illegible] Teilnahme Deutschlands an der gemeinsamen Aktion der [illegible]te bei den Wirren in China lag, sondern er hatte sogar durch seine glückliche Initiative zur gemeinschaftlichen Unterdrückung derselben und den durch ihn bewirkten deutschen Oberbefehl die führende Rolle in Ostasien übernommen."

Interessant ist hieran die Bestätigung der Ansicht, daß es deutsche Initiative war, welcher der in so eigenartiger Weise beendete Chinakrieg entsprungen ist. Der General fuhr fort:

„Möchte das deutsche Volk aber auch endlich dauernd den alten germanischen Fehler kleinlicher Parteistreitigkeiten und Bedenken ablegen und große, nationale Fragen auch groß und würdig behandeln und dem Auslande aller Orten den Beweis liefern, daß wir in der That sind, was der Dichter schon seit langem von uns erhofft: „Ein einig Volk von Brüdern!"

Wenn wir erst so weit sind, daß wir alle ausnahmslos bei Festessen a 3,50 Mark schmausen können, werden wahrscheinlich auch kleinliche Parteistreitigkeiten und Bedenken nicht mehr obwalten, welche zum Beispiel große natio-

---

Wie Stockmann nachmittags gegen drei Uhr auf dem Heimwege nach Metz sich befand und auf seinem Wagen halb schlief, wurde er durch einen Ausruf von Leo aufgeschreckt:

„Vater, die Preußen!"

Die Regimenter kamen von der Besichtigung zurück. Der Elsässer ließ die Pferde antreiben, aber der Wagen mußte halten. Ein Offizier schrie dem Kutscher, der am Rande des Weges vorbeiwollte, barsch zu: „Halt!" Stockmann mußte warten und den unendlich langen Zug der Truppen vorbeiziehen lassen.

Die Soldaten, die lange Stunden unbeweglich gestanden hatten, kamen des Weges daher und marschierten in mechanischem Gleichschritt, bei dem durch die schweren Stiefel unerträglicher Staub aufgewirbelt wurde. Um die durch die Anstrengung und den Durst ermüdeten Mannschaften etwas anzuregen, ließ man sie singen, wenn die Musik verstummte, oder wenn diese zu weit entfernt war, um gehört zu werden. Es ertönte der laute Klang von Kriegsgesängen oder von sentimentalen Volksliedern. Von Zeit zu Zeit verstummte das Stampfen der in gleichem Schritt Marschierenden und die schrillen Laute der Querpfeifen. Nach einigen Schritten begann eine einzelne Stimme, volltönig und gutklingend, das Lieder wieder, und allmählich stimmten alle wieder in den unterbrochenen Gesang ein. Eine unverkennbare Auffrischung brachten den müden Soldaten die Lieder, die den Sängern die stille Erinnerung an die schönen Sonntage im fernen Heimatlande zurückriefen. Aber der Gesang hatte etwas Wehmütiges. Man fühlte, daß diese in strengster Disciplin herangebildeten Soldaten, die ihren Befehlshabern bis zur vollständigen Erschöpfung, bis ans Ende der Welt gefolgt wären, nur auf Befehl sangen.

Auf dem am Rande der Straße haltenden Wagen beobachtete die Familie Stockmann den Vorbeimarsch. Die Frauen hielten ihre Taschentücher vor das Gesicht, denn mit dem Staube stieg von der Straße ein unerträglicher Geruch auf, der von den geschmierten Stiefeln der Soldaten herrührte. Stockmann kam nicht aus der Wut heraus, daß er den ganzen Vorbeimarsch der Truppen abwarten müsse, ehe er nach Metz zurück könne. Er hörte nicht auf, gegen die Rücksichtslosigkeit dieser „Barbaren" zu schimpfen, die sich gebärdeten, als ob die Erde nur ihnen gehöre und alle Welt in sklavischer Unterwürfigkeit ihnen gehorchen müsse.

Und immerfort kamen die Truppen in ununterbrochener Reihenfolge, bald ein bayerisches Regiment mit blauen Uniformen und Raupenhelmen, bald ein preußisches mit Pickelhauben, dann ein braunschweigisches mit schwarzen Tschakos. Es hörte nicht auf. Jetzt näherte sich eine Kompanie, welche die Wacht am Rhein sang, den leidenschaftlichen Nationalgesang der Wächter des deutschen Rheines. Stockmann ballte die Fäuste.

„Es braust ein Ruf wie Donnerhall!"

„Ja, singt nur," grollte er, „singt nur Eure Wacht am Rhein. Wir werden ihn doch eines Tages haben, den Rhein."

„Schweig doch," sagte zu ihm seine Frau, „Du wirst Dir noch mit den Preußen eine Geschichte auf den Hals laden."

Aber der Elsässer war nun einmal aufgeregt. Halb vor Aerger, daß er hier mitten auf seinem Wege warten mußte, halb vor patriotischer Entrüstung, ereiferte er sich mehr und mehr.

„Die Räuber! Die Räuber! Sieh, wie sie schön sind. Wie sie riechen! Welche Krieger!" . . . „Ah!" sagte er, indem er sich gegen Leo und Luise zurückwandte: „Wenn Ihr die kleinen französischen Soldaten sehen könntet! Welches Feuer! Welcher Uebermut! Während diese Rasse hier wie aus Blei gegossen ist!"

„Es braust ein Ruf wie Donnerhall!"

Der Gesang erklang weiter. Er schwoll wie zu einem Orkan an. Von Kompanie zu Kompanie, von Bataillon zu Bataillon pflanzte er sich fort; aus ganzen Kilometern von Männern drang er hervor; und zum Himmel stieg der Schlachtruf auf:

„Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein!"

Stockmann konnte sich nicht mehr halten. In seiner Wut begann er, ganz laut mit den Soldaten zu singen. Aber er sang die Wacht am Rhein in jener Parodie, die der Haß der Elsässer erfunden hatte. Der Junge wurde durch das Beispiel seines Vaters angesteckt, und in übermütiger Freude sang er in parodistischer Weise den Kriegsgesang mit, während Luise, deren Augen verloren waren über der vor ihr wimmelnden weiten Masse der Truppen, wenig Geschmack an dem fast kindisch erscheinenden Zorne ihres Vaters zu finden schien.

Nach dem Vorbeimarsch der Infanterie mußte Stockmann, der vor Ungeduld verging, immer noch warten, bis auch die Artillerie mit ihren Geschützen und die Schwadronen der Kavallerie vorüber waren. Alle Versuche des Kutschers, in einen Zwischenraum der marschierenden Kolonnen hineinzuschlüpfen, wurden sofort durch die rauhe Stimme eines Offiziers zurückgewiesen. Als unter Trompetengeschmetter die Dragonerregimenter sich näherten, wurde Luise aufmerksam. Ihre Augen musterten die dicht gedrängten Reihen der Pferde. Sie suchte. In einem gewissen Augenblicke errötete sie vor innerer Bewegung.

„Seht, dort ist er!" rief der kleine Leo.

Stockmann, der sich jetzt mehr in das Schicksal gefügt hatte, und in einer alten Zeitung las, in der die Eßvorräte eingewickelt gewesen waren, erhob die Augen.

Ein Lieutenant grüßte höflich durch das Senken des Säbels.

Stockmann dankte mit einer leichten Neigung des Kopfes und rief:

„Ah! Schon wieder! . . Man sieht nur ihn. Er fängt an, mich zu ärgern, dieser Adlerskraft!"

(Fortsetzung folgt.)

nale Fragen wie den Arbeiterschutz von dem Gutdünken internationaler Unternehmerverbände abhängig machen. —

Hettstedt, 28. Januar. (Der Schneidermeister Friedrich Krüger,) welcher den organisierten Magdeburger Schneidern wohl bekannt ist, verschwand am Montag, den 20. d. M., spurlos. Da derselbe cirka 150 Mark bei sich führt und außerdem mit vier Gesellen arbeitet, auch in geordneten Verhältnissen lebt, so ist es wohl ausgeschlossen, daß der Mann sich ein Leid angethan hat. Ein Sparkassenbuch, auf welches 100 Mark eingezahlt sind, wurde von dem Verschwundenen bei einem bekannten Kollegen zurückgelassen. Sollte jemand über den F. Krüger Auskunft geben können, so ersuchen wir Nachricht zu geben an Gottfried Angenstein, Bahnhofstraße 54a, v. IV. —

ow. **Staßfurt,** 28. Januar. (Für die Volksbildung) wird außerhalb der Schule herzlich wenig hier gethan, wie es ja überhaupt hierorts an Stiftungen oder sonstigen Zuwendungen reicher und reich gewordener Mitbürger beinahe gänzlich fehlt, während andere Städte mitunter ganz erhebliche Summen für allerlei humanitäre Zwecke zur Verfügung haben. Die Bestrebungen des Vereins für christliche Volksbildung sind schon wegen ihrer Einseitigkeit nicht als wirkliche Bildungsbestrebungen anzusehen. Um so dankbarer muß die Staßfurter Arbeiterschaft dem Gewerkschaftskartell sein, daß es seit längerer Zeit seine Thätigkeit auch auf die Vermehrung und Ausbreitung der Volksbildung richtet. Seine Bestrebungen finden auch starken Wiederhall in der Arbeiterschaft von Staßfurt, wie der gute Besuch des am Montag stattgehabten Lichtbilder-Vortrages über den Menschen in der Vorzeit (ausgeführt durch Herrn Laube vom Institut Kosmos in Leipzig) wiederum bewies. Nicht ganz so gut wurden an den beiden vorhergegangenen Tagen in Löderburg und Hecklingen die Vorträge besucht, doch wird man mit der Zeit auch dort den Wert derartiger Darbietungen schätzen lernen. —

— (Der Maurermeister Goldhahn), über dessen Vermögen — wie bereits berichtet — der Konkurs eröffnet ist, hat schon vorher Staßfurt heimlich verlassen und hält seinen Aufenthaltsort geheim. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß eine der Ursachen dieses Fallissements der erbitterte Kampf ist, den im vorigen Jahre die Arbeitgeber des Baugewerbes gegen die Arbeiter geführt haben, und der mit dem Siege der letzteren geendet hat. Die ungeheuren Kosten, die dieser Kampf den Arbeitgebern verursacht hat, waren für den Minderbemittelten zu schwer, er mußte unter ihrer Last zusammenbrechen. Man hat ja bei Streiks schon oftmals die Erfahrung gemacht, daß die kapitalschwächeren Unternehmer sehr zu ihrem eigenen Schaden ihre Interessen mit denjenigen ihrer kapitalkräftigen Kollegen verknüpfen, bis der Pleitegeier sie holt und die Kollegen in erwünschter Weise von einem Konkurrenten befreit. Von dem Fallissement Goldhahn soll ein anderer Maurermeister besonders stark betroffen werden. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Croppenstedt wurden dem Landwirt J. auf seinem Ackerstück hinter der Plantage 20 Stück junge Obstbäume abgeschnitten; die Polizei soll dem Thäter bereits auf der Spur sein. — Die neue, von den britischen Inseln herangezogene Depression, welche in zwei Tagen ein Fallen des Barometers um 23 Millimeter verursachte, brachte dem Brocken neben heftigen südwestlichen Winden Schnee und Kälte. — Am 25. Januar kam in Langensalza in der Buchdruckerei von Beyer u. Söhne der Maschinenarbeiter Schätz der Maschine so nahe, daß ihm sofort der Kopf abgetrennt wurde. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau mit mehreren Kindern. — In Halberstadt wurde Dienstag mittag ein Kellnerlehrling des Hotels „Zur Sonne" auf dem Breitenwege überfahren, doch scheint er keine schwere Verletzung davongetragen zu haben, obwohl die Vorderräder über seine Brust hinweggingen. — In der Nacht zum vorigen Freitag hat es im „Hotel Bodethal" in Thale gebrannt, doch wurde das Feuer schnell gelöscht. — In Halle wird bei der Stadtverordnetenwahl, welche sich durch die Ungültigkeitserklärung der Wahl unserer Genossen Thiele und Krüger erforderlich gemacht hat, Herr Oberbürgermeister Staude selbst als Wahlkommissar fungieren. — Ein junger Mann in Leopoldshall ertappte vor einigen Tagen am Morgen des zur Hochzeit bestimmten Tages seine Braut mit einem anderen in flagranti; aus der Hochzeit wurde unter diesen Umständen nichts. — Die Gesamtkosten des letzten großen Halleschen Maurerstreiks betragen 228 589 Mk. — Die diamantene Hochzeit beging am Montag in bester Rüstigkeit das Altsitzer Friedrich Engelsche Ehepaar in Schinne bei Stendal. Der Jubilar ist 88 Jahre alt, seine Lebensgefährtin 79 Jahre. Das Brautpaar wurde unter großen Ehren und Teilnahme in der Dorfkirche zu Schinne getraut. —

Aus der Parteibewegung.

Einen „schweren Tag" hatte am Sonnabend unser Genosse Klühs-Breslau, Redakteur der „Volkswacht". Ein ganzer Rattenkönig von Preßprozessen wurde an diesem Tage gegen ihn verhandelt. Nicht weniger wie fünf Verhandlungen sollten stattfinden. Vier wurden erledigt, die fünfte mußte vertagt werden, da Genosse Klühs nachts nach 12 Uhr erklärte, der Verhandlung nicht mehr folgen zu können, da er körperlich durchaus erschöpft sei. Von den übrigen vier Verhandlungen endete eine, Klühs sollte angeblich die Staatsanwaltschaft beleidigt haben, mit Freisprechung. Dr. Liebknecht verteidigte. Der Staatsanwalt hatte für die angebliche Beleidigung seiner Kollegen 6 Monate Gefängnis beantragt. In den übrigen drei Verhandlungen: angebliche Beleidigung eines Amtsboten, Beleidigung der Staatsanwaltschaft in Gleiwitz und Beleidigung eines Polizeisergeanten in Königshütte erkannte das Gericht auf eine Strafe von $6^1/_2$ Monaten Gefängnis. In dem ersten Falle hat Genosse Klühs kurz darauf selber eine Berichtigung gebracht, trotzdem beantragte der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf sechs Wochen. Im Falle des Polizeisergeanten wurde festgestellt, daß er eine Frau, nicht, wie behauptet wurde, gestoßen, sondern nur am Arme gepackt. Antrag des Staatsanwalts sechs Wochen, Urteil des Gerichts ein Monat Gefängnis. Das übrige kommt auf die angebliche Beleidigung der Gleiwitzer Staatsanwaltschaft, worüber unser Parteiblatt noch nichts näheres berichtet. — Bei unseren „idealen" Preßverhältnissen steckt thatsächlich ein sozialdemokratischer Redakteur immer mit einem Fuße im Gefängnis. Aber noch so harte Strafen und Verfolgungen unserer Presse werden sie nicht verhindern, ihre Kritik an den bestehenden Verhältnissen, wenn sie berechtigt ist, anzulegen. —

Aus den Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein in Breslau hat in den letzten drei Jahren eine erhebliche Verstärkung erfahren. Die Mitgliederzahl stieg von 379 im Jahre 1899 auf 1310 im Jahre 1901. Die Einnahmen beliefen sich im Jahre 1901 auf 4875 Mark. Davon wurden 650 Mark dem Parteivorstand überwiesen. Außer 18 öffentlichen Versammlungen fanden 33 Vereinsversammlungen statt. Es wurde ein Flugblatt in der Stadt und eins im Landbezirk verteilt. Die Bildungsbestrebungen der Mitglieder finden gute Pflege durch die reichhaltige Bibliothek, die 1449 Ausleihungen zu verzeichnen hatte. Ueberdies veranstaltete der Verein für seine Mitglieder 14 billige Vorstellungen in einem dortigen Theater, in denen meist gute Stücke aufgeführt wurden.

Der Sozialdemokratische Verein in Barmen hatte im verflossenen Jahre eine Einnahme von 3971 Mark. Er veranstaltete 9 öffentliche und 22 Mitgliederversammlungen und verbreitete 4 Flugblätter. Die Hauptthätigkeit des Vereins bezog sich auf die Stadtratswahl und der Eifer der Parteigenossen wurde durch einen erheblichen Stimmenzuwachs sowie die Wahl eines Parteigenossen in den Stadtrat belohnt.

Der Dresdner Sozialdemokratische Verein hielt am Freitag seine Generalversammlung ab. Aus der Jahresübersicht geht hervor, daß die Einnahmen des Vereins gegen das Vorjahr gestiegen sind, trotzdem die Krise Dresden besonders arg heimgesucht hat. Die Mitgliederzahl beträgt fast 1200. Es wurden 26 Volksversammlungen gegen den Brotwucher, 6 Partei- und 2 Vereinsversammlungen abgehalten. Zur Aufklärung über Brotwucher, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen sowie zur Erwerbung neuer Mitglieder sind 187 000 Flugblätter verbreitet worden. Die Maifeier verlief großartig. Die Dresdener Richter verhängten über maifeiernde Arbeiter hohe Geldstrafen und Gefängnis. Einschließlich der Gerichtskosten werden die Arbeiter 2600 Mark bezahlt haben. Zum ersten Male wurden 3000 Mark zur Landagitation ausgegeben. Die Generalversammlung beschloß auch, um die Empörung über das Landtagswahlrecht rege zu halten, jedem Landtag eine Wahlreform-Petition zuzusenden.

Der Sozialdemokratische Verein in München hatte im Jahre 1901 eine Einnahme von 17 732 Mark, allerdings einschließlich der Einnahmen aus Festlichkeiten, die auch Unkosten verursachten. An Mitgliederbeiträgen und Eintrittsgeldern gingen 5536 Mark ein. Die Thätigkeit des Vereins war sehr lebhaft. Nicht weniger wie 32 öffentliche und 164 größere Bezirksversammlungen wurden neben drei Generalversammlungen abgehalten. Außerdem wurden fünf Flugblätter in großer Auflage verbreitet und noch eine besondere Agitation zur Gewinnung [illegible] Abonnenten auf die „Münchener Post" betrieben. —

Der Parteitag [illegible] **rhein** fand am Sonntag in Gerresheim [illegible] waren 80 Delegierte aus 48 Orten, 5 V[illegible] niederrheinischen Parteipresse sowie 2 Reichstag[illegible]ordneten und das Agitationskomitee; der Parteivorstand war durch Genossen Gerisch vertreten. Der Geschäftsbericht veranlaßte eine ziemlich lebhafte Debatte, die mit der Annahme mehrerer Anträge in Beziehung auf die Thätigkeit der Agitationskommission endete. Lang und breit gestaltete sich die Diskussion über die Gründung der „Düsseldorfer Volkszeitung". Es wird schließlich folgender Antrag mit großer Majorität angenommen: „In Anbetracht des Umstandes, daß die Entwicklung der Partei in den industriell hochentwickelten Niederrhein-Kreisen Düsseldorf, Krefeld, Mülheim-Duisburg, Essen in schroffem Gegensatz zu letzterem steht, empfiehlt der Parteitag der Parteileitung, den Preß-Unternehmungen der Partei im dortigen Bezirk größere Aufmerksamkeit eventuell Unterstützung angedeihen zu lassen." — Der Sitz des Agitationskomitees wird wieder nach Elberfeld verlegt. Der kommende Parteitag findet in München-Gladbach statt. —

ac. **Die sozialistische Partei Frankreichs** (Jaures und Genossen) hält ihren 4. Kongreß am 2. März in Tours ab. Das Generalkomitee hat eine Kommission gewählt, die sich mit den Vorbereitungen für den Kongreß zu befassen hat.

Soziales.

Die Bundesrats-Verordnung betreffend das Gastwirtsgewerbe, über die wir gestern schon einiges mitteilten, hat folgenden Wortlaut:

I.

1. In Gast- und in Schankwirtschaften ist jedem Gehilfen und Lehrling über sechzehn Jahre für die Woche siebenmal eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens acht Stunden zu gewähren. Der Beginn der ersten Ruhezeit darf in die vorhergehende, das Ende der siebenten Ruhezeit in die nachfolgende Woche fallen.

Für Gehilfen und Lehrlinge unter sechzehn Jahren muß die Ruhezeit mindestens neun Stunden betragen. Durch Polizeiverordnungen der zum Erlasse solcher Verordnungen berechtigten Behörden kann diese längere Ruhezeit auch für Gehilfen und Lehrlinge über sechzehn Jahre vorgeschrieben werden.

Die höhere Verwaltungsbehörde ist befugt, in Bade- und anderen Kurorten die Ruhezeit für Gehilfen und Lehrlinge über sechzehn Jahre in Gastwirtschaften während der Saison, jedoch nicht über eine Dauer von drei Monaten, bis auf sieben Stunden herabzusetzen. Neben dieser Ruhezeit müssen täglich, abgesehen von den Mahlzeiten, Ruhepausen in der Gesamtdauer von mindestens zwei Stunden gewährt werden.

2. Der Zeitraum zwischen zwei Ruhezeiten, welcher auch die Arbeitsbereitschaft und die Ruhepausen umfaßt darf in den Fällen der Ziffer 1 Abs. 1 höchstens sechzehn Stunden, in den Fällen der Ziffer 1 Abs. 2 höchstens fünfzehn Stunden und in den Fällen der Ziffer 1 Abs. 3 höchstens siebzehn Stunden betragen.

3. Eine Verlängerung der in Ziffer 2 bezeichneten Zeiträume ist für den Betrieb bis zu sechzigmal im Jahre zulässig. Dabei kommt jeder Fall in Anrechnung, wo auch nur für einen Gehilfen oder Lehrling diese Verlängerung stattgefunden hat.

Auch in diesen Fällen muß für die Woche eine Unterbrechung durch sieben Ruhezeiten von der vorgeschriebenen Dauer (Ziffer 1) stattfinden.

4. An Stelle einer der nach Ziffer 1 zu gewährenden ununterbrochenen Ruhezeiten ist den Gehilfen und Lehrlingen mindestens in jeder dritten Woche einmal eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens vierundzwanzig Stunden zu gewähren.

In Gemeinden, welche nach der jeweilig letzten Volkszählung mehr als zwanzigtausend Einwohner haben, ist diese Ruhezeit mindestens in jeder zweiten Woche zu gewähren.

In denjenigen Wochen, in welchen hiernach eine vierundzwanzigstündige Ruhezeit nicht gewährt zu werden braucht, ist außer der ununterbrochenen Ruhezeit von der vorgeschriebenen Dauer (Ziffer 1) mindestens einmal eine weitere ununterbrochene Ruhezeit von mindestens sechs Stunden zu gewähren, welche in der Zeit zwischen acht Uhr morgens und zehn Uhr abends liegen muß.

5. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, ein Verzeichnis anzulegen, welches die Namen der einzelnen Gehilfen und Lehrlinge enthalten muß. In das Verzeichnis ist für jeden einzelnen Gehilfen und Lehrling einzutragen, wann und für welche Dauer eine Ruhezeit gemäß Ziffer 4 gewährt worden ist.

Arbeitgeber, welche von den Bestimmungen der Ziffer 3 Gebrauch machen, sind verpflichtet, ein weiteres Verzeichnis anzulegen, in welches einzutragen ist, wann Ueberarbeit im Betriebe während des Kalenderjahres stattgefunden hat.

Die nach Abs. 1, 2 zu machenden Eintragungen haben spätestens am ersten Tage nach Ablauf jeder Woche für die verflossene Woche zu erfolgen.

Die Verzeichnisse sind auf Erfordern den zuständigen Behörden und Beamten zur Einsicht vorzulegen.

6. Gehilfen und Lehrlinge unter sechzehn Jahren dürfen in der Zeit von zehn Uhr abends bis sechs Uhr morgens nicht beschäftigt werden. Außerdem dürfen Gehilfen und Lehrlinge weiblichen Geschlechts zwischen sechzehn und achtzehn Jahren, welche nicht zur Familie des Arbeitgebers gehören, während dieser Zeit nicht zur Bedi[illegible]nung der Gäste verwendet werden.

7. Als Gehilfen [illegible] im Sinne dieser Bestimmungen gelten solch[illegible] männlichen und weiblich[illegible] Geschlechts, [illegible] Betriebe der Gast- und der Schankwirtsch[illegible]ten als [illegible], Kellner oder Kellnerlehrlinge, als Köche oder Ko[illegible], am Buffet oder mit dem Fertigmachen kalter S[illegible]schäftigt werden. Ausgenommen sind jedoch Per[illegible], welche hauptsächlich in einem mit der Gast- oder der Schankwirtschaft verbundenen kaufmännischen oder sonstigen gewerblichen Betriebe beschäftigt werden, sofern ihre tägliche Arbeitszeit in diesem Betrieb anderweiten reichsrechtlichen Vorschriften unterliegt.

III.

8. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. April 1902 in Kraft.

Bis zum 31. Dezember 1902 ist Ueberarbeit (Ziffer 3) höchstens fünfundvierzigmal zulässig.

Von dem in Ziffer 6 Satz 2 enthaltenen Verbote sind diejenigen Personen ausgenommen, welche bei der Verkündung dieser Bestimmungen Kellnerinnen sind.

Neue Gewerbegerichte auf Grund der Gesetzesnovelle waren am 1. Januar d. J. an 54 Orten zu errichten, da nunmehr für jede Gemeinde von mehr als 20 000 Einwohnern ein Gewerbegericht bestehen muß. Die Archivverwaltung des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte hat durch eine Umfrage bei sämtlichen beteiligten Amtsstellen zu ermitteln gesucht, inwieweit dieser Verpflichtung am 1. Januar d. J. nachgekommen war. Das Ergebnis ist folgendes: Von den 54 Gemeinden war eine dem Pflichttermin zuvorgekommen und hatte schon vor Inkrafttreten der Novelle ein Gewerbegericht errichtet. Dies ist in Quedlinburg. Nur noch in 5 weiteren Gemeinden war das Statut durchberaten und bestätigt, so daß das Gewerbegericht am 1. Januar eröffnet werden konnte: in Amberg, Aschersleben, Reichenbach i. V., Staßfurt, Stendal. In 13 Gemeinden lag bei Jahresbeginn das Statut der höheren Verwaltungsbehörde zur Bestätigung vor. In 7 Gemeinden war der Entwurf fertiggestellt, aber noch nicht bis zur Nachsuchung der Bestätigung gediehen. Zwölf warteten zunächst noch die (erst Anfang Januar erfolgte) Veröffentlichung des ministeriellen Musterstatuts ab. 14 Gemeinden antworteten allgemein, daß das Statut sich noch „in Vorbereitung" befinde, während aus zweien die Antwort noch aussteht. Danach wird es voraussichtlich noch mehrere Monate dauern, bis die gesetzliche Vorschrift, daß für jede Gemeinde mit mehr als 20 000 Einwohnern ein Gewerbegericht errichtet werden muß, in Wirklichkeit durchgeführt ist. —

ac. **Der wöchentliche Ruhetag.** Die Arbeitskommission der französischen Kammer hat einen Vorschlag des sozialpolitischen Deputierten Zevaes zugestimmt, nach welchem allen Arbeitern und Angestellten im Staatsdienst, der Kommune und deren Verwaltungszweigen sowie auch in dem Privatunternehmen ein wöchentlich wiederkehrender Ruhetag gesichert werden soll. Zeitweilige Ausnahmen zu gestatten, soll den Behörden vorbehalten bleiben; Uebertretungen werden mit 50 Frank, im Wiederholungsfalle mit 100 Frank Strafe bedroht —

Vermischte Nachrichten.

* **Wieviel ein Jockey verdient.** Zu welch fabelhafter Höhe die Jockey-Gehälter in England gestiegen sind, zeigt das Beispiel D. Mahers, des amerikanischen Berufsreiters, der es, nach einer Meldung des „Deutschen Sport", 1901 auf 7500 Pfund = 150 000 Mark brachte und für das laufende Jahr auf eine Einnahme von 10 000 bis 11 000 Pfund, 220 000 Mark, rechnet. Auf dem Kontinent werden von den Jockeys solche Riesensummen wie im „Mutterland des Sports" allerdings nicht verdient, aber immer noch genug. So hat der Amerikaner Fred Taral, der in der vergangenen Saison in Oesterreich-Ungarn ritt und der wie andere berühmten Leute kürzlich in seiner Heimat interviewt wurde, die Bemerkung gemacht, es sei ihm von einem russischen Sportsmann ein Kontrakt mit 17 000 Dollar Gehalt, 5 Dollar Tage- und besonderen Reitgeldern angeboten worden; er ziehe es aber vor, weiterhin in Diensten des Barons Uechtritz zu bleiben. So berichtet die „Sportwelt". Der amerikanische Jockey eines deutschen Stalls — die „amerikanische Invasion" macht sich auch auf pferdesportlichem Gebiet bemerkbar — erhält, wie es heißt, 30 000 oder gar 36 000 Mark jährlich. Das Jahresgehalt ist aber ein Saisongehalt und die Saison dauert nur sechs Monate. — Man ersieht also, wie unrecht die Sozialdemokraten haben, wenn dieselben immer über niedrige Löhne klagen. Wenn die „Arbeit" des Jockeys, diese für die Menschheit völlig entbehrliche Thätigkeit, schon so glänzend bezahlt wird, dann kann man sich ein Bild von den Riesengehältern machen, welche nun gar solchen Leuten zufließen, welche die notwendigsten Lebensmittel produzieren, wie z. B. die der Bäcker.

* **Die konfiszierte Lokomotive.** Neulich verurteilte das Zuchtpolizeigericht in Lille den Maschinisten und den Heizer einer Lokomotive der Nordbahn, die 648 Pakete Tabak von Belgien eingeschmuggelt hatten, zu 1 Monat Gefängnis und 2000 Frank Geldbuße. Außerdem verfügte das Gericht die Beschlagnahme des Tabaks und der auf 30 000 Frank geschätzten Lokomotive, auf der der Schmuggel erfolgt war. —

Kleine Chronik.

Fahndungsgeld.

Für die Herbeischaffung eines „verlorenen Sohnes" hat dessen Vater, ein wohlhabender Berliner Einwohner, jetzt dem Gendarm Fiedler zu Bärwalde (Neumark) eine Belohnung von 300 Mark gewährt. Der Beamte hatte eines Tages auf der Königsberger Chaussee nahe bei Falkenwalde einen jungen Mann aus Berlin aufgegriffen, der die väterliche Kasse erleichtert hatte und dann durchgebrannt war. Der Vater selbst hatte eine Belohnung auf die Festnahme des Ausreißers gesetzt. —

Ein Familiendrama,

das noch in seinen Einzelheiten der Aufklärung bedarf, hat sich in Paris ereignet. Als am Montag nach Mitternacht der zwanzig Jahre alte Eduard Leroye vom einer Opernvorstellung heimkehrte, fand er seinen 56jährigen Vater, einen Beamten des Bankhauses Rente Fonciere mit einer Schußwunde in der Schläfe tot vor. Auf dem Tische lag ein Schreiben folgenden Inhalts: „Verzeihe, lieber Sohn, ich mußte Deine Mutter wegen ihrer Leichtfertigkeit umbringen, hätte aber nie gedacht, wie schwierig es ist, eine Mordthat zu begehen. Nach dem ersten Messerstiche flehte sie um Gnade, lief dann im Nachtgewande in den Garten und sank nieder. Dann that mein Rasiermesser das übrige. Ich meinerseits hoffe auf rascheren schmerzlosen Tod! Adieu!" Leroy junior fand die Mutter im Blute schwimmend tot. Das Haus, wo das Drama sich ereignete, liegt im Saint Maurparc, vom nächsten Kommissariat weit entfernt. Leroy machte erst mittags Anzeige. Er erklärte dem Kommissar, daß ihm nach der Aufregung dieser Nacht der Schlaf ein Bedürfnis gewesen wäre. —

Die Dynamitexplosion in New-York,

von der wir schon gestern berichteten, hat, wie sich jetzt ergiebt, noch mehr Opfer gefordert, als man anfangs glaubte. Nach den letzten Feststellungen sind sechs Personen ums Leben gekommen, darunter drei Gäste des Hotels Murrayhill. 75 Personen wurden schwer und gegen 100 leicht verletzt, darunter viele Besucher und Angestellte des Hotels Murrayhill. —

Kleine Tageschronik. Der Postsekretär Paul Wiesing, der aus Berlin nach Unterschlagung amtlicher Gelder und unter Mitnahme der Mitgift seiner Frau geflüchtet war, ist in Leipzig in einer Wirtschaft der Albertstraße Montag nacht verhaftet worden. Wiesing hatte sich dort bis jetzt unter falschem Namen aufgehalten. — In der Weichsel ist zum dritten Male in diesem Winter unweit Danzig Grundeistreiben eingetreten. — In Möschwitz bei Plauen wurden durch Rauchvergiftung drei kleine Kinder getötet. Die Mutter hatte die Kinder ohne Aufsicht in der Wohnung gelassen. — Mit Morphium vergiftet hat sich in Berlin gestern der 61 Jahre alte Photograph Rudolf Grade aus der Roßstraße 28. — In Oberhausen bei Essen entstand in der Teerfabrik der Krebber-Kompanie Feuer. Der Schaden ist bedeutend. — Auf den Schnellzug 15 wurde am Dienstag zwischen den Stationen Korzell und Bronzell bei Fulda ein Schuß abgegeben; verletzt wurde niemand. Die Untersuchung ist eingeleitet. — Der Postamtsdirektor von Graz, Josef Chenevière, erschoß sich im Verfolgungswahnsinn auf einem Friedhofe. — Santos Dumont umkreiste gestern mittag und gegen Abend in Monte Carlo in mäßiger Höhe bei Windstille die Bucht. Die Geschwindigkeit des Ballons war so groß, daß eine Dampfschaluppe nicht folgen konnte. Die Fahrt übers Mittelmeer steht bevor. — Der hochadelige ungarische Graf Andreas Paday wurde am Dienstag in Budapest wegen Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — Unsern Helgoland ist ein Schoner aus Westerhandersehn in der Nordsee gesunken. Sechs Mann der Besatzung wurden durch ein Helgoländer Fährboot in ermattetem Zustand auf der Insel gelandet. — Der Dampfer „Australian" der Hamburg-Amerika-Linie, von Hamburg kommend, ist infolge hohen Seeganges bei Doel, drei Meilen von Antwerpen, gestrandet. Schleppdampfer sind zur Hilfe abgegangen. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 28. Januar 1902.

Die Beleidigte. Die verehelichte Arbeiter Frensel, Luise geborene Brill, zu Calbe a. S., wurde am 3. Dezember 1901 vom Schöffengerichte mit ihrer Privatklage gegen die verehelichte Tuchmacher Kirsten, Auguste geborene Schubert, daselbst, kostenpflichtig abgewiesen und gleichzeitig wegen Beleidigung zu 5 Mark Geldstrafe verurteilt. Ihre Berufung wurde verworfen. —

Streitbare Geister. Der Landwirt Heinrich Fließ zu Hobeck und der Diakonus Banse zu Gommern wurden vom Schöffengerichte am 28. November 1901 wegen gegenseitiger Beleidigung Fließ zu 30 Mark, Banse zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Vor der Berufungskammer verglichen sich heute die Parteien. —

Um einer Redewendung willen. Der Büdner Andreas Küsel zu Binnenheide wurde vom Schöffengerichte zu Genthin am 9. Dezember 1901 von der Anklage, im Mai 1901 den Förster Albert Lassig zu Dunkelforth beleidigt zu haben, freigesprochen. Die Berufungskammer hob dies Urteil auf und belegte Küsel mit 50 Mark Geldstrafe. —

Gekränkte Dame. Die Ehefrau des Rechtsanwalts Dr. Wohlfahrt, Agnes geb. Werth, und der Ziegeleibesitzer Hermann Burchhardt zu Genthin wurden vom Schöffengerichte am 9. Dezember 1901 der gegenseitigen Beleidigung schuldig befunden, dieserhalb aber für straffrei erklärt und die Kosten jedem Teile zur Hälfte auferlegt. Die Berufung der Privatklägerin wurde verworfen. —

Aufgeregt. Der Privatmann Hermann Dittmar hier, Eigentümer des Hauses Kamelstraße 8a, beschimpfte am 24. April 1901 die Frau des dort wohnhaften Kaufmanns Friedrich Rabäthge, weil sie es wagte, die Waschhausthür wiederholt zu schließen und wieder zu öffnen. Der Hausbesitzer war in starken Zorn geraten. Er wurde vom Schöffengerichte am 14. November wegen Beleidigung zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Berufungskammer erhöhte die Strafe auf 60 Mark evtl. 12 Tage Gefängnis und legte auch dem Beklagten sämtliche Kosten auf. —

Litterarisches.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 3 des 12. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Das Verrückteste. — Die Lage der Frauen in der Londoner Cigarrenindustrie. Von M. Hl. — Vom Schutz erwachsener Arbeiterinnen im Ausland. Schweiz. Oesterreich-Ungarn. Die Niederlande. Von a. br. — Aus der Bewegung. — Jahresbericht der Vertrauenspersonen der Genossinnen von Berlin. — Feuilleton: Betrachtungen. Von Multatuli. Deutsch von Wilhelm Thal. (Schluß.) — Notizenteil. — Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich 55 Pfg., [illegible] 85 Pfg. Zu beziehen durch die Buchhandlung [illegible] deren Kolporteure. —

Seit Jan[illegible] s Organ der Neuen Gemeinschaft und herausge[illegible] und Julius Hart die Zeitschrift **„Neue Geme[illegible]** [illegible]ersdorf, Uhlandstr. 144). Dieses Blatt sucht di[illegible] unserer Zeit in weitere Kreise hineinzutragen. Es behandelt alle bedeutsameren Fragen der Zeit, religiösen, sozialen, ethischen und künstlerischen Inhalts im Sinne gereiften und verfeinerten Menschentums. Jedes Heft der Zeitschrift bringt Betrachtungen, Aufsätze, Dichtungen, Aphorismen, Kunst- und Gesellschaftskritiken von mannigfaltigstem Gepräge. — Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volksstimme" und deren Kolporteure. —

Vereine und Versammlungen.

Tabakarbeiter.

Eine Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Tabakarbeiter (Zahlstelle Magdeburg) tagte am Sonnabend, den 25. d. M., im Lokale von J. Prautsch, Faßlochsberg 9.

Nach einem Bericht des Kartelldelegierten Fischer wird folgender Beschluß angenommen: „Die Tabakarbeiter Magdeburgs halten die Gründung eines Arbeiter-Sekretariats nicht für notwendig, sondern sind für Anstellung eines besoldeten Kartellvorstandes." — Kollege Fischer wird als Kartelldelegierter wieder gewählt.

Darauf giebt die Lohnreduktion bei der Firma Lindau u. Winterfeld Anlaß zu eifriger Diskussion. — Der Thatbestand wird ungefähr folgendermaßen festgestellt. Kurz nach Neujahr trat der jüngere Chef in den Fabrikraum und behauptete, daß die Firma infolge von großen Verlusten nicht mehr imstande sei, die bisherigen Löhne weiter zu zahlen und sich daher gezwungen sehe, auf drei Sorten Abzüge zu machen. Gleichzeitig bemerkte dieser Herr, daß die Firma gern den alten Stamm von Arbeitern hier am Orte erhalten möchte, aber wenn die Arbeiter die Cigarren für den von den Chefs bewilligten Preis nicht machen wollten, so müsse mit Entlassungen vorgegangen werden. Die Löhne sollen in der ersten Sorte von 12 Mark auf 9 Mark, in der zweiten Sorte von 10,50 Mark auf 8,50 Mark, in der dritten Sorte von 10 Mark auf 8,50 Mark incl. Wickelmacherlohn reduziert werden. Die Kollegen verdienten bei dieser spendablen Firma schon bisher bei zehnstündiger Arbeitszeit nur 12—16 Mark.

Das Bedauerlichste bei der ganzen Sache ist nun, daß die betroffenen Kollegen nicht einmal den Versuch gemacht haben, sich gegen solche unverschämten Lohnabzüge zu wehren.

Die Versammlung spricht den dort arbeitenden Kollegen ihre Mißbilligung aus und beschließt, sie zu einer Sitzung einzuladen; gleichzeitig soll beim Hauptvorstand angefragt werden, welche Schritte in dieser Angelegenheit zu thun sind. —

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend, den 1. Februar, abends 8½ Uhr: Bezirk Buckau im „Thaliasaal", Dorotheenstr. 14. Bezirk Neue Neustadt im „Weißen Hirsch", Friedrichsplatz 2. Bezirk Salbke-Westerhüsen im Lokale des Herrn A. Maaß in Salbke. Branche der Klempner und Installateure in der „Burghalle" (Ed. Thiering), Tischlerkrugstr. 28. Siehe auch Inserat in nächster Nummer. —

Donnerstag, 30. Januar:

Musikalischer Vergnügungsverein „Lyra", Magdeburg-Neustadt. Jeden Donnerstag abend Uebungsstunde in der Gemütlichkeit, Schmidtstraße.

Sudenburger Musikverein Hoffnung. Jeden Donnerstag Uebungsstunde im „Reiseonkel", Kurfürstenstraße 32. Mitglieder werden dort aufgenommen.

Arbeiter-Gesangverein „Freundschaft", Neue Neustadt. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Uebungsstunde bei Bartels, Fabrikenstraße.

Radfahrklub „Sturm". Jeden Donnerstag abend Vereinsabend im „Luisenpark", Spielgartenstraße 1.

Sudenburger Arbeiter-Gesangverein. Uebungsstunde jeden Donnerstag abend bei Naumann, Michaelstraße 16.

Radfahrerklub Stern. Jeden Donnerstag Saalfahren und Zusammenkunft in der „Zerbster Bierhalle".

Arbeiter-Radfahrklub „Freiheit". Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Saalfahren und Versammlung im „[illegible]reikaiserbund".

1. Alte Neustädter „Harmonika"-Verein. Jeden Donnerstag Uebungsstunde bei Georg Winter, Rogätzerstraße 80.

Turnverein Jahn, Sudenburg. Jeden Donnerstag abend von 8½ bis 10 Uhr Turnen der Damen-Abteilung in der „Zerbster Bierhalle", Schöningerstraße. Anmeldungen werden da entgegengenommen.

„Turnverein Einigkeit", Buckau. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunde im „Thalia", Dorotheenstr. 14.

Männer-Turnverein „Frischauf", Magdeburg. Jeden Montag und Donnerstag Turnstunde in der städt. Turnhalle Augustastraße 22-23, Eingang Bismarckstraße.

Arbeiter-Turnverein Neustadt. Jeden Montag und Donnerstag Uebungsstunde der Männerabteilung in der städtischen Turnhalle, Umfassungsstraße 76.

Groß-Ottersleben. Erster Groß-Ottersleben Radfahrer-Club. Jeden Donnerstag abend Saalfahren bei Strumpf.

Diesdorf. Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag abend 8 Uhr Uebungsstunde bei Hermann Hildebrandt (Gasthof zum weißen Roß.)

Olvenstedt. Arbeiter-Turnverein „Freiheit". Jeden Donnerstag abend 8 Uhr Turnen der Damenabteilung bei A. Schinke. Dortselbst werden Anmeldungen entgegengenommen. —

Wolmirstedt. Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag Uebungsstunde im „Gasthof zum Schwan". Daselbst werden Mitglieder aufgenommen.

Burg. Radfahrerverein „Falke". Jeden Donnerstag Saalfahren im „Hohenzollern-Park."

Freitag, 31. Januar:

Männer-Gesangverein „Vorwärts" Alte Neustadt. Jeden Freitag abends 8 Uhr Uebungsstunde bei Heinemann, Moldenstr. 26.

Arbeiter-Gesangverein Buckau. Jeden Freitag abends 8½ Uhr Uebungsstunde bei W. Engelmann, Schönebeckerstraße 53. In jeder Uebungsstunde werden Mitglieder aufgenommen.

Gesangverein Gemütlichkeit, Alte Neustadt. Jeden Freitag abend 8 Uhr Uebungsstunde bei Georg Winter, Rogätzerstr. 80.

Briefkasten.

Alter Abonnent, Gr.-Ottersleben. Die neuliche Reichstagsverhandlung betraf nicht die im Kriege invalid gewordenen, sondern alle Erwerbsunfähigen, die 1864, 66 oder 70/71 mitgekämpft haben. —

F. G., Schönebeck. Die Behörde ist im Recht. Wenn Sie ohne Erlaubnis frettieren, müssen Sie die Folgen tragen. — Ihr Brief hat uns 7 Pfg. Strafporto gekostet. —

Viehmarkt.

Magdeburg, 28. Januar. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 167 Rinder, 186 Kälber, 141 Schafvieh 2c., 890 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 34—35 Mark, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 32—34 Mk., c) mäßig genährte junge und ältere 27—29 Mk., d) gering genährte jeden Alters 24—26 Mk. Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren 33—34. b) vollfleischige jüngere 31—32, c) mäßig genährte jüngere und ältere 28—30 Mk., d) gering genährte jüngere und ältere 24—27 Mk. Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 30—32 Mk., b) vollfleischige Kühe bis zu 7 Jahren 25—27 Mk., c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 22—24 Mk., d) mäßig genährte Kühe und Färsen 19—21 Mk., e) gering genährte Kühe und Färsen 17—19 Mk. Kälber: a) feinste Mast- 42—46 Mk., b) mittlere 36—41 Mk., c) geringe Saugkälbe 25—35 Mk., d) ältere, gering genährte (Fresser) 19—24 Mk., Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 29—30 Mk., b) ältere Masthammel 25—28 Mk., c) mäßig genährte 20—24 Mark. Schweine: a) vollfleischige 62 Mk., b) fleischige 60 bis 61 Mk., c) gering entwickelte 56—59 Mk., d) Sauen und Eber 48—58 Mark bei 40—60 Pfund Tara das Stück, schwere Schweine mit höherer Tara, Sauen und Eber mit 20 Prozent Tara. Verlauf und Tendenz: flau. Ueberstand: 35 Rinder, 25 Schafe, 75 Schweine. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	26. Jan.	+ 0.43	27. Jan.	+ 0.38	0.05	—
Laun	„	+ 1.20	„	+ 1.05	0.15	—
Budweis	„	+ 0.24	„	+ 0.18	0.06	—
Prag	„	+ 0.76	„	+ 0.74	0.02	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	27. Jan.	+ 1.65	28. Jan.	+ 1.60	0.05	—
Trotha	„	+ 3.26	„	+ 3.16	0.10	—
Alsleben	„	+ 3.22	„	+ 3.09	0.13	—
Bernburg	„	+ 2.68	„	+ 2.60	0.08	—
Calbe, Oberpegel	„	+ 2.12	„	+ 2.08	0.04	—
do. Unterpg.	„	+ 2.56	„	+ 2.48	0.08	—
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	27. Jan.	+ 2.10	28. Jan.	+ 1.92	0.14	—
Elbe.						
Pardubitz	26. Jan.	+ 0.79	27. Jan.	+ 0.75	0.04	—
Brandeis	„	+ 1.20	„	+ 1.13	0.07	—
Melnik	„	+ 0.92	„	+ 0.83	0.09	—
Leitmeritz	„	+ 0.96	„	+ 0.78	0.08	—
Außig	27. „	+ 1.30	28. „	+ 1.19	0.11	—
Dresden	„	0.00	„	— 0.14	0.14	—
Torgau	„	+ 2.50	„	+ 2.38	0.12	—
Wittenberg	„	—	„	+ 3.12	—	—
Roßlau	„	+ 3.00	„	+ 2.93	0.07	—
Barby	„	+ 3.50	„	+ 3.44	0.06	—
Schönebeck	„	+ 3.14	„	+ 3.09	0.05	—
Magdeburg	28. „	+ 2.96	29. „	+ 2.92	0.04	—
Tangermünde	27. „	+ 3.89	28. „	+ 3.88	0.01	—
Wittenberge	„	+ 3.47	„	+ 3.50	—	0.03
Dömitz, Pegel	„	+ 2.92	„	+ 2.94	—	0.02
Lauenburg	„	+ 2.88	„	+ 2.89	—	0.01
Havel.						
Brandenburg Oberpegel	26. Jan.	+ 2.38	27. Jan.	+ 2.35	0.03	—
do. Unterpegel	„	+ 1.77	„	+ 1.82	—	0.05
Rathenow Oberpegel	„	+ 1.70	„	+ 1.70	0.04	—
Unterpegel	„	+ 1.31	„	+ 1.31	0.01	—
Havelberg	„	+ 3.27	„	+ 3.27	—	0.02
Oder.						
Breslau Oberpg.	26. Jan.	+ 5.22	27. Jan.	+ 5.20	0.02	—
do. Unterpegel	„	+ 0.42	„	+ 0.30	0.12	—

Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag abend 9 Uhr, Sitzung bei Alb.

Vater, Knochenhauerufer 27/28.

Südafrika.

Das Kriegsrecht,

das über Kapland verhängt ist, belästigt die Civilbevölkerung in hohem Maße. Von den in Kapstadt ankommenden Schiffen darf niemand ohne die Erlaubnis des diensthuenden Offiziers ans Land gehen; der Ankommende muß eine genaue Adresse angeben, wohin er sich begiebt. Auch darf Kapstadt niemand verlassen, ohne einen nur durch die militärischen Behörden erhältlichen Erlaubnisschein zu besitzen. Zwischen 8 Uhr abends und 5 Uhr morgens darf niemand aus- noch eingeschifft werden. — Auf Grund dieser Bestimmungen erfolgte auch die bekannte Maltraitierung Miß Hobhouse. —

Friede in Aussicht?

Zum ersten Male seit den 2¼ Jahren des furchtbaren Bruderkrieges in Südafrika taucht jetzt eine ernstliche wenn auch noch ferne Hoffnung auf Frieden am Horizont auf.

Im englischen Unterhause teilte gestern der erste Lord des Schatzes, Balfour, mit, die holländische Regierung habe der englischen Regierung Friedensvorschläge zur Beendigung des südafrikanischen Krieges unterbreitet. Die englische Regierung werde die Vorschläge in Erwägung ziehen.

Nach einer anderen Meldung erklärte Balfour, daß spät am letzten Sonnabend eine Mitteilung von der niederländischen Regierung eingegangen sei, die gegenwärtig der Erwägung unterliege. „Ich werde Abschriften dieser Mitteilung und unserer Erwiderung so bald wie möglich auf den Tisch des Hauses legen.“ Chamberlain erklärte, die im Felde stehenden Burenoffiziere würden durch nichts gehindert, Kitchener Vorschläge zu machen. Letzterer sei angewiesen worden, der Regierung derartige Vorschläge zu übermitteln.

Wie die Erwiderung der Regierung auch lauten möge, aus den Erklärungen der Regierungsvertreter geht deutlich eine Sehnsucht und ein Wunsch nach Frieden hervor. Kein Wunder, denn die Regierung hat für das mit dem 3. März d. Js. endigende Etatsjahr im Parlament einen Nachtragskredit von fünf Millionen Pfund Sterling eingebracht zur Deckung der Mehrkosten des Krieges in Südafrika.

Hoffentlich reißt der jetzige dünne Faden der Hoffnung auf eine baldige Beendigung des schrecklichen Krieges nicht wieder ab. —

Gewerkschaftliche Arbeiterb[illegible]

Der Streik auf dem Emaill[illegible]

Jansen in München-Gladbach, welcher scho[illegible] währt, steht noch auf dem alten Fleck. Alle [illegible] Firma, Streikbrecher heranzulocken, sind erfre[illegible] gescheitert. —

In **Greiz** haben die Textilarbeiter ihre Forderungen bereits größtenteils bewilligt erhalten, die endgültige Vereinbarung steht allerdings noch aus.

Weberstreik und Aussperrung in Remscheid. In der Fabrik von van Heeks sind nach einem Telegramm 250 Bandweber in Ausstand getreten. Die Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind durch Lohnkürzungen entstanden. Falls die Streikenden bis zum 1. Februar die Arbeit nicht zu den von der Fabrikleitung festgesetzten Bedingungen wieder aufnehmen, soll allen Arbeitern in der Fabrik (2500 Mann an der Zahl) gekündigt werden. —

Zum Streik der dänischen Dampfschiffheizer. Die sechs verhafteten englischen Heizer sind jetzt aus der Haft entlassen, nachdem der „Dänische Dampfschiffheizer-Verband“ die strittigen 126 Kronen für sie bezahlt hat. In England wird es scharf agitatorisch ausgenützt werden, daß nicht der englische Konsul, sondern die dänischen Heizer für die Rechte englischer Unterthanen eintraten. —

ac. **Die Metallarbeiter** der Schiffswerften von Livorno befinden sich bereits seit Wochen im Streik. Es handelt sich um Lohnerhöhungen, aber auch um die Anerkennung der Organisation. Zur Unterstützung der Streikenden hat der italienische Metallarbeiter-Verband (Sitz Mailand) 10 000 Frank gegeben; verschiedene Zeitungen haben Sammlungen eröffnet. Infolge des Streiks ist auch eine große Agitation entfaltet worden unter den übrigen Metallarbeitern Italiens. — Eine weitere Folge dieses Streiks ist der in der Eisengießerei Pignoge zu Florenz ausgebrochene Konflikt zwischen Arbeitern und Unternehmern. In dieser Fabrik sollten die Arbeiten für die Schiffswerften in Livorno angefertigt werden. Die Arbeiter weigerten sich, Streikarbeit zu übernehmen; die Folge davon war der Streik bezw. die Aussperrung der Eisendreher, Schlosser usw. Dieser Solidaritätskampf dauert ebenfalls schon über einen Monat; jetzt hat der Bürgermeister Unterhandlungen zwischen den streikenden Parteien eingeleitet. —

Der Vorsitzende des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes, Genosse H. Möller in Bochum, hat infolge schwerer Erkrankung sein Amt niedergelegt. Bis zur nächsten General-Versammlung leitet der stellvertretende Vorsitzende L. Schröder die Verbandsgeschäfte. —

ac. **Der französische Bergarbeiterbund** beruft zum 31. Januar seinen Ausschuß zusammen, um über die Situation zu beraten. Derselbe wird auch den Zeitpunkt des nächsten Kongresses bestimmen. Dieser Kongreß ist von besonderem und allgemeinem Interesse, weil auf demselben auch die Frage des Generalstreiks zur Erledigung gebracht werden wird. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 29. Januar 1902.

Die Germania-Werft in Kiel

teilt der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ in einer Zuschrift mit, daß sie durch Vermittelung der Arbeitsnachweise in Lübeck, Stettin, Danzig und Kiel sowie auch durch Inserieren ihren Stand von gelernten Arbeitern zu vermehren sucht. Als Grund für diese auffallende Thatsache führt die Werftverwaltung an, sie hätte ihren Bedarf an gelernten Arbeitern in Kiel nicht decken können. Der Kieler Arbeiterschaft ist natürlich von einem Mangel an Arbeitskräften nichts bekannt. — Als in verschiedenen Blättern die Inserate der Kieler Werft erschienen, wurde vielfach angenommen, diese lockenden Annoncen seien nicht von der Werft selbst, sondern von Agenten der Werft aufgegeben worden. Da die Werft jetzt zugegeben, selbständig derartige Inserate verursacht zu haben, erinnert der „Vorwärts“ an die zahlreichen Fälle, in denen Arbeiter infolge der Inserate auf ihre Kosten nach Kiel fuhren, um nachher nicht angestellt zu werden. Daran knüpft der „Vorwärts“ die Frage, ob auf die von der Werft selbst aufgegebenen Annoncen die Arbeiter die Mystifikationsreise nach Kiel unternommen haben. Diese Frage sind wir in der Lage, mit „Ja“ beantworten zu können.

Auf die in hiesigen bürgerlichen Blättern erschienenen diesbezüglichen Annoncen meldete sich ein Arbeiter schriftlich und bekam — nicht etwa von einem Agenten, sondern von der Werftverwaltung selbst — folgende klassische Antwort:

Schiff- und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft
„Germania“
Berlin und Kiel.

A. J. Nr. 8488.

Germania-Werft (Kiel), den .. Januar 1902.

Herrn ....
Magdeburg.

Antwort auf Schreiben vom .. d. Mts.

Betrifft: Dienstanerbieten als Blechschmied oder Schlosser.

Sie können bei uns Beschäftigung finden, vorausgesetzt, daß Sie gesund und rüstig sind und **bei Ihrer persönlichen Vorstellung den Ansprüchen des einstellenden Meisters genügen.**

Die Fahrtkosten Magdeburg—Kiel 4. Klasse vergüten wir Ihnen, nachdem Sie **drei Monate auf unserer Werft gearbeitet haben.**

Achtungsvoll
Schiff- und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft
„Germania“.

Wenn der Ankömmling also aus irgend einem Grunde den Ansprüchen des einstellenden Meisters nicht genügt, dann darf er wieder abziehen. Wenn er freilich der Werftverwaltung gefällt, dann kann er von Glück sagen; „sch[illegible]“ [illegible] Monaten werden ihm dann die Fahrtkosten 4. [illegible] gütigt.

Trotz dieses wenig verlockenden Anerbietens [illegible] Arbeiter schleunigst nach Kiel, fand aber keine [illegible] den Augen des zuständigen Meisters und hatt[illegible] Recht, wieder auf seine eigenen Kosten von Kiel [illegible] burg zurückfahren zu dürfen.

Einige Zeit darauf meldete sich noch ein anderer hiesiger Arbeiter und bekam einen genau gleichen Brief. Glücklicherweise hatte dieser zweite Briefempfänger von dem Schicksal des ersten erfahren und verzichtete infolgedessen auf das Risiko der kostspieligen Reise. — Hoffentlich werden diese Zeilen dahin wirken, daß künftig keiner, der es nicht dazu hat, sich durch Annoncen der Werft zu einer keineswegs bequemen und billigen Extratour 4. Klasse nach Kiel bestimmen läßt. —

— **Wem gehört das 20. Jahrhundert?** (Eine Preisfrage.) Eine eigenartige Ansicht hat Herr Fellgiebel, seines Zeichens Vorsitzender des Orts-Verbandes der hiesigen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) gelegentlich der Versammlung des Ortsvereins Buckau der Deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter ausgesprochen. Wie der hiesige „General-Anzeiger“ berichtet, gipfelten die Ausführungen des neugewählten Vorsitzenden des Ortsverbandes in dem Wunsche, „daß die Gewerkvereins-Idee, unter deren Eindruck das 20. Jahrhundert stehe, im neuen Jahre gute Erfolge aufweisen möge“.

Die guten Leute, welche seit dem Jahre 1878 in ihren 21 verschiedenen Organisationen ganze 91 661 Mitglieder zu verzeichnen haben, also noch lange nicht so viel, als der Deutsche Metallarbeiter-Verband allein, leiden danach nicht an allzu großer Bescheidenheit. Wir glauben, daß das 20. Jahrhundert denn doch andere Kerle verlangt, als es die Mannen des Herrn Fellgiebel sind. Vielleicht hat Herr Fellgiebel einmal etwas von dem bekannten Ausspruche seines verstorbenen liberalen Gesinnungsgenossen, des einstigen englischen Premierministers Gladstone, gehört, daß das 20. Jahrhundert dem Sozialismus gehöre, also einer Weltanschauung, deren Anhänger die Gewerkvereine per Revers aus ihren Reihen fernhalten. Mehr Bescheidenheit, Herr Fellgiebel, mehr Bescheidenheit! —

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau.)

Wien, 29. Januar. Nachdem die Verhandlungen des Ministerpräsidenten Körber mit den deutschen Parteiführern in betreff der Errichtung einer tschechischen Universität in Mähren zu keinem befriedigenden Resultat geführt haben, wird in parlamentarischen Kreisen die innerpolitische Situation wieder als ziemlich prekär bezeichnet. Es cirkulieren Ministerkrisen-Gerüchte. Für heute mittag wurde ein außerordentlicher Ministerrat einberufen, welcher sich mit der mährischen Universitätsfrage befassen wird. —

Sofia, 29. Januar. Bisher ist die Freilassung der Miß Stone noch immer nicht erfolgt. Es steht nur fest, daß sie sich gefangen auf bulgarischem Gebiet aufhält, und daß die Räuber bemüht sind, die Gefangene auf türkisches Gebiet zu bringen, was aber wegen des dichten Grenzkordons bisher nicht möglich war. —

Frankfurt a. M., 29. Januar. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New-York: Das Senatskomitee befürwortete die Legung eines Pacific-Kabels durch die Regierung. —

Frankfurt a. M., 29. Januar. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet aus Amsterdam: Den Blättern zufolge hat Präsident Krüger nicht die Absicht, nach Amerika sich zu begeben. Bekanntlich werden dort Unterschriften gesammelt, um einen solchen Besuch herbeizuführen. —

Zur Friedensvermittlung zwischen Südafrika und England.

London, 29. Januar. Sämtliche Morgenblätter besprechen die gestrige Rede Balfours. Sie erkennen an, daß die Mitteilungen der holländischen Regierung sehr glückliche Resultate zeitigen könnten und machen darauf aufmerksam, daß es augenblicklich unmöglich sei, die Wichtigkeit der Erklärung festzustellen, da das diplomatische Schriftstück noch nicht veröffentlicht ist. „Daily Mail“ erklärt, daß keine internationale Intervention die Lage ändern könne. Die konservativen Organe suchen die Ansicht zu erwecken, als ob die Buren in dieser Angelegenheit Schritte unternommen hätten, während das Gegenteil festgestellt ist.

Haag, 29. Januar. Minister Dr. Kuyper erklärte einem Freunde, er habe der englischen Regierung keine Friedensvorschläge gemacht, er habe sich nur darauf beschränkt, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die unberechenbaren und unheilvollen Folgen zu lenken, welchen England entgegengehe, falls der Krieg sich verlängern würde, indem die Buren in der Lage seien, ihn ins unendliche zu ziehen. —

Wien, 29. Januar. Der Dichter des Liedes **„Die Arbeit“**, Graveur **Joseph Zapf**, ist **gestorben.** —

Die agrarische Obstruktion in der Zolltarifkommission.

Frankfurt a. M., 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Von Berlin wird der „Frankfurter Zeitung“ berichtet, daß die Erörterungen über die Aussichten des Zolltarifs in der Kommission noch schlechter sind wie zu Anfang, und zwar nicht nur wegen der Opposition der Linken gegen den Zolltarif, sondern besonders durch die in der Kommission sitzenden Agrarier, die sich nicht nur untereinander bekämpfen, sondern Forderungen stellen, auf die die Regierung nicht eingehen kann und darf. Thatsächlich betreiben die Agrarier dieselbe Obstruktion, die sie der Linken zum Vorwurf machen. Sie sind vollständig disciplinlos, wie die Verhandlungen in der Kommission beweisen; sie stellen Anträge, die dann von der Regierung im Bunde mit den Freisinnigen und Sozialdemokraten bekämpft werden müssen. So kann es also noch Wochen dauern, bevor die erste Lesung des kleinen Zolltarifgesetzes in der Kommission zu Ende geführt wird; und auch dann ist dieses kleine Gesetz noch nicht erledigt, da die Beratung des wichtigen § 1 von der Kommission noch ausgesetzt ist. —

Wieder eine deutsche Extrawurst.

London, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Peking wird gemeldet, daß die Militärkommandanten von England, Frankreich, Rußland, Italien und Japan in Tientsin zusammengetreten seien, um über eine event. Verminderung der europäischen Militärbesatzungen zu beraten. Der deutsche Militärkommandant beteiligte sich an dieser Konferenz nicht, sondern antwortete, er halte die Frage der Besatzung für eine politische, zu deren Entscheidung die Militärkommandanturen nicht berechtigt seien. —

Brüssel, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) „Petit bleu“ bemerkt anläßlich der Erklärung Balfours im englischen Unterhause, daß das in englischen Kreisen vorhandene Gerücht unrichtig sei, die holländische Regierung habe auf Ersuchen der Buren-Deputierten der englischen Regierung vermittelnd Friedensvorschläge unterbreitet. In der europäischen Buren-Delegation sei von Friedensvorschlägen nichts bekannt. Wohl aber sei es möglich, daß die holländische Regierung in freundschaftlichem Sinne die betreffende Frage aus eigenem Antriebe angeschnitten habe; auf alle Fälle ständen die Buren diesem Beginnen aber fern. —

Paris, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der letzte Ministerrat beschäftigte sich außer mit den Wahlen auch noch mit der Reise des Präsidenten Loubet nach Rußland. Vor der Abfahrt soll eine Flottendemonstration stattfinden, an welcher sich außer der russischen auch die italienische Flotte beteiligen soll. Zwischen der russischen Regierung und dem Elysée werden die Vereinbarungen erst gegen Ende Mai zum Abschluß gelangen, erst zwei Wochen vor der Abreise Loubets. Die französische Flottenabteilung wird in Kronstadt vor Anker laufen, während Präsident Loubet nach Petersburg fahren wird. —

40 Breiteweg Sudenburg Breiteweg 40

Gänzlicher Ausverkauf

des großen Lagers in

Herren- u. Knaben-Garderobe

zu außergewöhnlich niedrigen Preisen wegen Todesfalles und Aufgabe dieser Artikel.

Der frühere und jetzige Preis ist an jedem Stück vermerkt.

Mein Manufakturwaren-Geschäft wird in unveränderter Weise fortgeführt.

Max Kraft.

1833

Sie erhalten

Vertikows

einzeln mit

5 Mark Anzahlung

und wöchentlich

1 Mark Abzahlung.

Hermann Liebau

Breiteweg 127 F103

Ecke Schrotdorferstr., gegenüber der Katharinenkirche.

Möbel 592

Spiegel u. Polsterwaren

Ganze Ausstattung von 150 Mark an bis zu den elegantesten empfiehlt

C. Dittmar Tischlermeister

Tischlerkrugstraße Nr. 26.

Gänse (zerlegt) 1923
Gänseklein 2c.
bei **Moritz Weinberg.**

Homöopathie

Größte Verschwiegenheit! Hilfe für innere und äußere Krankheiten u. chron. Leiden. **Großer Erfolg! Keine Berufsstörung.** Ueberzeugung macht wahr. **Hoffmeister,** homöopath. Prakt., Magdeb Bismarckstr. 7. Sprechst. 8—5 und 7—9 Uhr. Schriftl. schnellste Zusend.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims Neueweg 1/2.

Donnerstag: Apfelsuppe od. Nierensuppe, Schweinebraten, Teltower Rübchen, Salzkartoffeln oder Maccaroni.

Freitag: Kartoffelsuppe mit Würstchen, Griespudding mit Fruchtsauce, oder Brühsuppe mit Semmelklößchen, Fricassee und Salzkartoffeln.

Sonnabend: Weiße Bohnensuppe, Rindfleisch m. Petersilienkartoffeln oder Sauerkohl, Erbsbrei und Rippenspeck.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen Hauptwache 5 und Neustadt, Schmidtstraße 61.

Donnerstag: Weiße Bohnen mit Rindfleisch.

Freitag: Kartoffelbrei mit Leber.

Sonnabend: Reissuppe mit Rindfl.

Schneider-Lehrling

sucht **Gust. Nethe,** Kutscherstr. 1.

Suche zu Ostern einen Lehrling. **H. Kissel,** Schneidermstr., Salbke, Schönebeckerstraße 9. 612

Wir suchen für unsere 60 HP. Wolfsche Lokomobile zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen, soliden, durchaus zuverlässigen 1950

Maschinisten.

Derselbe muß gelernter Schlosser oder Mechaniker sein, und auch die elektrische Anlage bedienen können. Bevorzugt werden diejenigen, die eine direkte Empfehlung der Firma R. Wolf in Magdeburg-Buckau nachweisen können. Offerten sind zu richten an die **Nbg. Schrauben-Fabrik und Facon-Dreherei, Nürnberg, Fürtherstr. 101.**

Kaiser-Panorama

Filiale Berlin-Passage

Magdeburg, Breiteweg 134, I

geöffnet 1897

von morgens 9 bis abends 10 Uhr.

Diese Woche:

Die Schweiz.

III. Wanderung durch das malerische Berner Oberland.

Zweiter Cyklus:

Hochinteressante Reise von Mexiko nach Texas.

Walhalla.

Beginn der Vorstellung:

präcise 8 Uhr.

Sonnabend, den 1. Februar:

neues Programm!!

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 30. Januar 1902.

Undine.

Cirkus Variété.

Direktion: **Fr. Schmidt.**

Das großartige Attractions-Programm!

Freitag, den 31. Januar 1902

Gala-Redoute!

Prämiierung!

Die schönste Dameumaske erhält eine echte goldene Damenuhr. — Die schönste Herrenmaske erhält 4 Flaschen Sekt.

Großartige Ueberraschungen.

Eintrittskarten für Damen 1.75
„ Herren 3.25
inkl. städt. Billetsteuer.

Im Vorverkauf bei den Herren Lindau u. Winterfeld, Breiteweg 71 u. 19, Jacobs, Ulrichsbogen, H. Prophet, Alte Markt 50 Pfg. Ermäßigung.

Montag, den 27. Januar, mittags 12 Uhr, endete ein sanfter Tod das rastlose, thätige Leben unserers Vaters braver Frau, unserer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Friederike Saahe

geb. Ziegler

in Quedlinburg, im 74. Lebensjahre. 621

In tiefster Trauer

Hermann Oerlecke u. Frau

Luise, geb. Saatze

u. Kinder, Magdebg.-Sudenbg.

Standesamt.

Magdeburg, 28. Januar.

Eheschließungen: Fensterputzer Georg Seeger mit Bertha Strobach hier. Gärtner Bruno Zimmer in Sudenburg mit Elisabeth Koch hier. Versicherungs-Beamter Ernst Gaulke mit Luise Klemm hier.

Geburten: Reinhold, S. des Arbeiters August Zierau. Gustav, S. des Invaliden Gustav Hoff. Kurt, S. des Kutschers Alfred Hennings. Ulrich, S. d. Kaufmanns Wilhelm Jaenecke. Ilse, T. des Prokuristen Hermann Wesche.

Todesfälle: Karl, S. des Arbeiters Andreas Thiele, 7 J. 9 M. 25 T. Eduard Hoppe, Schneidermeister, 54 J. 2 M. 27 T.

Sudenburg, 28. Januar.

Geburten: Hermann, S. des Arbeiters Albert Druse. Karl, S. des Schlossers Max Kniest. Dora, T. des Kaufmanns Ernst Damm. Richard, S. des Eisenbahnarbeiters Friedrich Elsholz. Wilhelm, S. des Eisenbahnarbeiters Karl Pietzsch.

Todesfälle: Alfred, S. des Arbeiters Louis Lorenz, 6 M. 20 T. Schmied Wilhelm Lochmann, 30 J. 4 M. 24 T. Bertha geb. Hotopp, Ehefrau d. Schlossers Georg Strauß, 51 J. 27 T. Versicherungs-Beamter Karl Heinemann, 20 J. 9 M. Hausdiener August Mitzner, 27 J. 9 M. 7 T. Schuhmacher Karl Bollack, 41 J. 10 M. 17 T. Klempner Ludwig Jäger, 39 J. 3 M. 12 T. Arbeiter Karl Brosdau, 46 J. 2 T. Helene, T. des Arbeiters Friedrich Zwernemann, 1 M. 20 T. Margarete Kuhirtt, unverehelicht, 21 J. 10 M. 10 T. Drehorgelspieler August Winkler, 55 J. 5 M. 27 T. Otto, unehel., 9 M. 18 T. Arbeiter Karl Schmorth, 38 J. 21 T.

Buckau, 27. Januar.

Geburten: Martha, T. des Kutsch. Karl v. Matczynski. Arthur, S. des Buchdruckers Alb. Kilian. Elisabeth, T. des Arbeiters Friedr. Kuhlicke.

Todesfall: Joachim, S. des Hilfsheizers Otto Zander, 3 M. 27 T.

Vom 28. Januar.

Aufgebot: Maschinenzeichner Christian Friedrich Müller mit Anna Karoline Sonne, beide von hier.

Geburten: Paul Hermann, unehelich. Paul, S. des Schlossers Joh. Wilke. Willy, S. des Formers Otto Zacharias. Karl, S. des Kaufmanns Arthur Dittmann aus Berlin. Agnes, T. des Formers Rud. Gerloff.

Todesfälle: Rudolf, S. des königl. Schutzmanns August Hildebrandt, 2 M. 2 T. Witwe Wilhelmine Schröder, geb. Schulz, 75 J. 4 M. 20 T. Walter, S. des Arb. Ludwig Elfert, 4 M. 2 T.

Neustadt, 28. Januar.

Aufgebot: Mechaniker August Theodor Karl Kleinecke mit Minna Friederike Bertha Sanftenberg.

Geburten: Gertrud, T. des Maurers Simon Wischeropp. Otto, S. des Holzarb. Otto Bernhard. Margarete, T. des Güterbodenarb. Alb. Nagel. Anni, T. des Schloss. Wilhelm Karsten. Elsbeth, T. des Arb. Friedr. Ahlers. Walter, S. des Arb. Alfred Rich. Simm.

Todesfälle: Elisabeth geb. Röber, Ehefrau des Schlossermstrs. Wilh. Riemann, 48 J. 2 M. 19 T. Oskar, S. des Musikers Oskar Düntzsch, 1 J. 6 M. 6 T. Regina geb. Prinz, Ehefrau des Restaurat. Heinrich Röder, 68 J. 4 M. 9 T. Anna, T. des Rollkutschers Louis Dienemann, 2 M. 8 T. Hildegard, T. des Tischlers Otto Müller, 8 M. 21 T. Arthur, S. des Magistratskanzlisten August Bethge, 2 J. 2 M. 11 T. Willy, S. des Eisendrehers Wilhelm Wilke, 2 M. 14 T. Anni, T. des Maschinenschlossers Wilhelm Karsten, 3 T.

Aschersleben.

Aufgebote: Dreh. Paul Helle mit Anna Bünemann.

Geburten: S. des Handelsmanns Wilhelm Wepner. S. des Gärtners Wilhelm Brunkau. S. des Schuhmachers Robert Koch. S. des Landwirts Willy Maercker. S. des Gärtners Udo Borchert. T. des Arbeiters Karl Fügener. T. des Kaufmanns Reinhold Buchmann.

Todesfall: Witwe Dorothea Keppner geb. Göpe, 69 J. 7 M. 17 T.

Unentbehrlich für jedermann!

30 Pfg. Statistisches Nachschlagebüchlein 30 Pfg.

Notizen und Zahlen

Von H. Beringer.

Enthaltend statistische Notizen und Zahlen über alle Länder. Es ist, wie der „Vorwärts" schrieb

„Die Welt in der Brieftasche".

Jedem Arbeiter, jedem Handwerker empfehlen wir dies Büchlein zur Anschaffung.

Durch jeden Kolporteur zu beziehen.

Buchhandl. Volksstimme.

Böhmische Braunkohle

von unserem Winterlager bei **Louis Droz, Rogätzerstr. 22,** liefern wir zu folgenden Preisen: 1959

ab **Lager 60 Pf.**
frei **Haus 65 „**
frei **Keller 70 „** } **p. Ctr.**

Kleine Posten **unter** 20 Centnern werden nur Montags und Donnerstags frei Haus und frei Keller abgeliefert.

Annahmestellen für Bestellungen und Zahlungen haben folgende Herren: Kgl. Bahnmstr. a. D. **W. Leue,** Agnetenstr. 20, **Louis Droz,** Rogätzerstr. 22, **Scholze,** Schönebeckerstr. 98; die Cigarrenhändler: **Hahne,** Breiteweg 160/162, **Brandt,** Breiteweg 246, Hasselbachpl., **Schröder,** Olvenstedterstr. 43, **Wulsch,** Halberstädterstr. 39; die Gastwirte: **Würdig,** Weinberg 36, **Buchlow,** Katharinenstraße 5, **Brückner,** Gr.-Ottersleben, **Hildebrandt,** Diesdorf.

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbureau

Kl. Klosterstr. 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.

Fernsprech-Anschluß 1409.

Nur Werktags geöffnet: Vorm. 9—1 Uhr, nachm. 3½—7½ Uhr.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung, Privatsachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5.

Magdeburg. Vermittlung auch nach außerhalb.

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Kostenlose Vermittelung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie feinerem Personal **nach hier und auswärts.**

Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „

Es werden gesucht:

Tüchtige Köchinnen und Hausmädchen, Mädchen für alles, Kindermädchen, Landwirtschafterinnen, einf. Stützen und Kinderfräuleins.

Stellung suchen:

Viele gelernte und ungelernte Arbeiter, Kutscher, Hausdiener, Haus- und Laufburschen, ferner Mädchen für alles mit und ohne Kochkenntnisse, Kindermädchen, Kinderfräuleins, Aufwartungen und Waschfrauen.

Senden Sie uns Ihre Adresse, 1200

und wir senden Ihnen ohne Kaufverbindlichkeit und portofrei

Ansichts-Sendung der „Modernen kaufmännischen Bibliothek"

damit Sie diese für den Kaufmann unentbehrliche Sammlung aus eigener Anschauung kennen lernen.

Dr. jur. Ludwig Huberti

Verlag der „Modernen kaufmännischen Bibliothek"

Leipzig, Johannisplatz 35.

Für Kaufleute!

Nachtweide 95 **Central-Bad** Nachtweide 95

Inhaber: **Friedrich Ebert,** Masseur 619

empfiehlt **Dampfbäder, medizinische Bäder, Wannenbäder, Einpackungen, vorzügliche Massage usw. Größte Sauberkeit.**

Gut geheizte Räume.

Laval-Wichse

giebt unvergleichlich schönen Glanz.

1881 Ueberall zu haben.

Luisen-Park.

Spielgartenstr. 1c.

Fernsprecher 895.

Straßenbahn-Haltestelle Kaiser Friedrichstraße.

Montag, den 3. Februar 1902:

in den karnevalistisch dekorierten Räumen des ganzen Etablissements

Grosse Redoute

Für großartige Ueberraschungen ist bestens gesorgt.

Im besonderen: **Auftreten des zur Zeit hier anwesenden erstklassigen Künstler-Trio Bergié, 2 Damen und 1 Herr, genannt die fliegenden Menschen am elektrischen Luft-Apparate u. andere erstklassige Nummern.**

Nach 12 Uhr:

Grosse Polonaise

unter Anführung einer Zigeunerkapelle.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang des Konzerts 8 Uhr.
Eröffnung des Karnevals **präcise 8½ Uhr.**

Kassenpreis inkl. Billetsteuer: Herren-Masken 85 Pf., Damen-Masken 65 Pf., Zuschauer 45 Pf.

Gegen Vorzugsbillets inkl. Billetsteuer: Herren-Masken 70 Pf., Damen-Masken 50 Pf., Zuschauer 30 Pf.

Vorzugskarten sind bis 2. Februar im Lokal zu haben.

Reichhaltige Masken-Garderobe zu billigen Preisen ist im Lokale zu haben.

Vertrauensmänner d. Gewerkschaften Halberstadts

Versammlung

Donnerstag, den 30. Januar, abends 8½ Uhr in der „Münchener Bierhalle".

1966 Der Einberufer.

Volksverein

(Zahlstelle Aschersleben.)

Sonntag, den 2. Februar cr. abends 8 Uhr

Versammlung.

Zahlreichen Besuch erwartet

1961 Der Vorstand.

Thale a. H.

Sonntag, den 2. Februar cr. nachmittags 3½ Uhr

Volksvereins-Versammlung

im Parteilokal „Zur grünen Tanne".

Halberstadt.

Zur Faschingszeit empfehle **Masken-Garderobe,** komischen und ernsten Charakters.

1812 **Fr. Räbe, Hoystr. 34.**

Briefkassetten von 50 Pf. an empfiehlt die **Buchhandlung Volksstimme.**

Möbel u. Polsterwaren etc.

sehr billig bei 1964

Friedr. Schmidt, Tischlermstr.

Buckau, Schönebeckerstr. 16.

Gänsepökelfleisch

bei [1922] **Moritz Weinberg.**

Kaufe fortwährend

Kanarienhähne u. -Weibchen

Bez. Hähne ohne Japp. 3.50 bis 6 Mk., Weibchen 75 Pf.

J. Tischler, Annastraße 25.

Krankenkasse Merkur, E. H.

genügt **jedem** Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Bureau: **Rothekrebsstr. 22.** Vertreter in Burg: O. Hübotter, Zerbster Chaussee.

August Schumm

Sudenburg F83

Braunschweigerstr. 19.

Frau Marie Schubert

unsere herzlichste Gratulation zum 50. Geburtstage. 624

C. S. R. H. J. F.